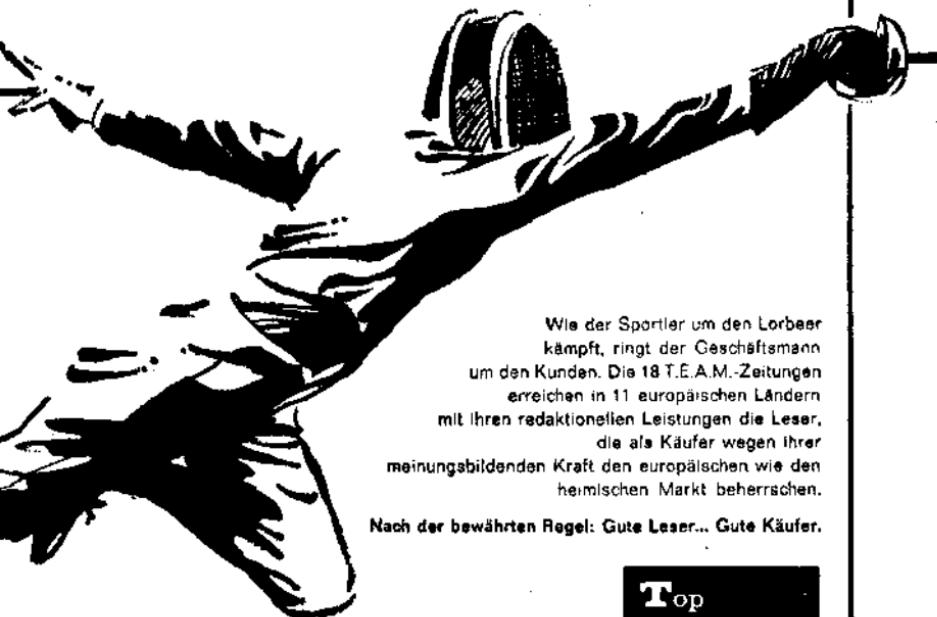


TREFFER...



Wie der Sportler um den Lorbeer kämpft, ringt der Geschäftsmann um den Kunden. Die 18 T.E.A.M.-Zeitungen erreichen in 11 europäischen Ländern mit ihren redaktionellen Leistungen die Leser, die als Käufer wegen ihrer meinungsbildenden Kraft den europäischen wie den heimischen Markt beherrschen.

Nach der bewährten Regel: Gute Leser... Gute Käufer.

Top
European
Advertising
Media

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

Sondernummer Juni 1966

Der Weg zum zukünftigen Vaterland der Deutschen

Festansprache des Genossen Walter Ulbricht zum 20. Jahrestag
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!
Verehrte Gäste und Freunde!

Im Namen des Zentralkomitees unserer Partei begrüße ich Sie alle auf das herzlichste. Mein besonderer Gruß gilt den alten Genossen in der ganzen Republik, die Mitkämpfer bei der Gründung unserer erfolgreichen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands waren.

Für viele der hier versammelten Genossen — ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands oder der Sozialdemokratischen Partei — sind die denkwürdigen Ereignisse vor 20 Jahren, die ihre Krönung in der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fanden, noch so lebendig, als wäre es erst gestern gewesen.

Dabei waren die beiden seither verflossenen Jahrzehnte bis zum Rand gefüllt mit epochemachenden Ereignissen und revolutionären Umwälzungen, die das Antlitz und das Schicksal Deutschlands grundlegend veränderten. In diesen Zeitraum fallen zwei revolutionäre Umwälzungen, deren

Bedeutung weit über das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik hinausreicht, die antifaschistisch-demokratische Revolution und die sozialistische Revolution.

Die in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammengeschlossenen Sozialdemokraten und Kommunisten und Hundertausende junge Genossen, die sich um sie scharfen, haben in diesen 20 Jahren ein gewaltiges Werk vollbracht, das die Anerkennung der friedliebenden Völker findet. Oftmals unter den schwierigsten Umständen arbeitend, haben unsere Genossinnen und Genossen in aufopfernder, ja heroischer Arbeit Wunder vollbracht. Ich möchte im Namen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands allen diesen Genossinnen und Genossen für ihre Treue, für die in diesen beiden Jahrzehnten geleistete große Arbeit danken und sie zugleich zu den Erfolgen beglückwünschen. Wie sah doch unser Land 1945/46 aus! Und was wurde unter der Führung der Partei geschaffen! Wir können auf das Geleistete stolz sein!

Die geschichtliche Bedeutung der Vereinigung

Ein sehr großer Teil der Mitglieder unserer Partei kennt die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse nicht mehr aus eigenem Erleben. Aber diese unsere jüngeren Genossen, denen die Einheit der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik eine Selbstverständlichkeit ist, sollten immer daran denken:

Diese Einheit ist und bleibt das Unterpfand des Sieges von Frieden und Menschlichkeit, von Demokratie und Sozialismus in ganz Deutschland.

Auf den Trümmerbergen, die uns die deutschen Imperialisten nach ihrem zweiten Weltkrieg als Erbschaft hinterlassen hatten, erwuchs in unserem Volk die Erkenntnis, daß nur die deutsche Arbeiterklasse den historischen Anspruch auf Führung der Nation erheben darf, daß nur unter Führung der geeinten Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktägern eine friedliche und glückliche Zukunft des deutschen Volkes gesichert werden kann.

Nur unter der Führung der Partei der geinten Arbeiterklasse konnte auch die von der Geschichte längst auf die Tagesordnung gesetzte nationale Aufgabe gelöst werden, Beziehungen der Freundschaft und vertrauensvollen Zusammenarbeit zu dem fortschrittlichsten Land der Welt, zu der sozialistischen Weltmacht Sowjetunion, herzustellen. Mit ungeheuren Opfern hatte die Sowjetunion Europa und seine humanistische Kultur aus der barbarischen Versklavung der menschenfeindlichen deutschen Imperialisten und ihrer Hitler und Himmler gerettet. Es war vielen Deutschen klar geworden: Nur in aufrichtiger Freundschaft mit diesem Land des höchsten gesellschaftlichen Fortschritts kann Deutschland gedeihen. Der XXIII. Parteitag der KPdSU hat dem ganzen Volk die zielbewußte Friedenspolitik und die Systematik und Zielstrebigkeit des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion demonstriert. Wir sind stolz darauf, das Band fester Freundschaft mit dem ruhmreichen Sowjetvolk geknüpft zu haben.

Der Sieg der Völker der Antihitlerkoalition über den deutschen Faschismus verpflichtete die deutsche Arbeiterklasse und das Volk, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die große Chance zum Aufbau eines friedliegenden und fortschrittlichen Deutschlands zu nutzen.

Der denkwürdige Zusammenschluß von Kommunistischer Partei und Sozialdemokratischer Partei war nicht nur der entscheidende Wendepunkt in der wechselvollen Geschichte der Klassenkämpfe in Deutschland, sondern zugleich ein nationales Ereignis ersten Ranges. Vor 20 Jahren wurde die Grundlage für die friedliche und glückliche Zukunft des deutschen Volkes gelegt.

Die Vereinigung der Parteien der Arbeiterklasse war die entscheidende Voraussetzung für alle Errungenchaften und Erfolge, die von den Werktagen unserer Republik seither erreicht wurden. Sie ist die Quelle der Kraft, die die unermesslichen Schwierigkeiten unseres Aufbaus meisterte. Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vor zwanzig Jahren wurde das Fundament geschaffen, auf dem

in diesem Teil Deutschlands in einer historisch kurzen Zeitspanne aus den Trümmern und Ruinen des Krieges ein starker, blühender sozialistischer Staat erstand, dessen wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Potenz und dessen politisches Gewicht und internationales Ansehen ständig wachsen.

So hat das deutsche Volk in der Deutschen Demokratischen Republik sein Selbstbestimmungsrecht verwirklicht.

Wir können mit Fug und Recht sagen, daß die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und die Herstellung ihrer Einheit auf revolutionärer Grundlage die bis dahin größte Errungenschaft in der nunmehr fast 120jährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Kommunistischen Manifest und der Gründung der KPD ist.

Die revolutionäre Lehre der beiden größten Söhne des deutschen Volkes, Karl Marx und Friedrich Engels, ein langer gemeinsamer Weg in der alten revolutionären deutschen Sozialdemokratie sowie die fortschrittlichen und humanistischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung waren zweifellos starke einende Bände zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Mit ihrem Zusammenschluß wurde eine echte Verschmelzung der beiden Ströme der Arbeiterbewegung eingeleitet und der Weg zu einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse beschritten.

Die Vereinigung der beiden Parteien gab und gibt der Arbeiterklasse die Kraft, bei der Gestaltung der neuen Ordnung und der Erfüllung der nationalen Mission die führende Rolle zu spielen.

Unter Führung der SED wurde ein festes Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, der Intelligenz, den Handwerkern und Gewerbetreibenden sowie mit breiten Kreisen des Bürgertums geschaffen und eine von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien hergestellt.

Bilanz der Verschmelzung der Arbeiterparteien

In diesen 20 Jahren ist unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zur stärksten der deutschen Parteien, zu einer mächtigen Kraft geworden. Sie hat die Müßiggänger beiseite geschoben und gestaltet — von der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus geleitet — diszipliniert, einig und stets kampfbereit, bewußt die Zukunft Deutschland.

Unsere Partei genießt das Vertrauen des Volkes. Es gründet sich nicht zuletzt darauf, daß die deutschen Marxisten die Entwicklung richtig vorausgesehen und der deutschen Arbeiterklasse und dem ganzen Volk immer die Wahrheit gesagt haben. Auch dann, wenn große Teile des Volkes eine unangenehme Wahrheit nicht hören wollten. Wir haben die Entwicklung stets real eingeschätzt und unsere Politik niemals auf Illusionen aufgebaut.

Es waren Sozialdemokraten, revolutionäre Sozialdemokraten, alte Sozialdemokraten wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck und viele andere, die bei Ausbruch des ersten Weltkrieges gegen die Politik der Führung der Sozialdemokratie Sturm ließen, als diese Politiker ein Anhängsel der kaiserlichen imperialistischen Kriegspolitik wurden. Vergessen wir nicht, daß die Einheit der SPD durch die reaktionäre pro-imperialistische Politik ihrer damaligen Führer gesprengt wurde und daß es für die wahren Sozialdemokraten damals keine andere Möglichkeit gab, als alle Sozialdemokraten zusammenzufassen, die sich dieser verhängnisvollen Politik nicht fügen wollten.

Am Ende des ersten Weltkrieges wiesen wir warnend darauf hin, daß die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Rüstungskonzerne, der Großbanken und ihrer Militaristen, daß die Politik

der Revanche für die militärische Niederlage und der Veränderung der nach dem Krieg entstandenen Grenzen zu neuen Krisen und Kriegen führen würde.

Wir haben es frühzeitig erkannt und auch ausgesprochen, obwohl große Teile des Volkes uns damals nicht glauben wollten, daß Hitler der Krieg ist. Und als Hitler seine Kriege begann, haben wir nachgewiesen, daß seine Niederlage gewiß ist. Wir schwammen gegen den Strom der von der Großbourgeoisie über ihre Pressekonzerne fabrizierten öffentlichen Meinung. Aber wir haben der deutschen Arbeiterklasse und unserem deutschen Volk immer die Wahrheit gesagt.

Wir haben der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk ebenso die Wahrheit gesagt, als nach dem Sturz Hitlers die imperialistischen Besatzungsmächte daran gingen, gemeinsam mit den Herren der deutschen Monopole und Banken Deutschland zu spalten und — unter der Maske des wirtschaftlichen Wiederaufbaus — die Macht der alten Verderber unseres Vaterlandes in den westlichen Besatzungszonen wieder zu errichten.

Wir haben an die Verantwortung der deutschen Arbeiter und aller Werk-tätigen appelliert und den Kampf gegen die Spaltung Deutschlands geführt. Unser Bemühen, die Einheitsfront der Arbeiterschaft in ganz Deutschland zu schaffen, das dem Sehnen der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse entsprach, diente ebenso der Befreiung Deutschlands von den Resten des Faschismus wie der Erhaltung der Einheit Deutschlands. Wir haben schließlich gemeinsam mit allen gutwilligen und verantwortungsbewußten Kräften eine deutsche Politik entwickelt, die auf den Lebensinteressen unseres in seiner großen Mehrheit friedliebenden Volkes beruht.

Wir haben der Menschlichkeit den Weg bereitet

Oft wird der Versuch gemacht, auch in der Antwort des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf unseren Offenen Brief, die deutsche Frage und

die Menschlichkeit zu trennen. Das kann man nicht tun.

Wer wirklich etwas Menschliches für das deutsche Volk tun will, der

betreibe eine Politik, die in Zukunft alle Kriege unmöglich macht.

Wer wirklich für die Menschlichkeit etwas tun will, der zeige und beschreite einen Weg, der zu Abrüstung und sozialer Sicherheit und zum Ende der nationalen Spaltung führt.

Wer wirklich für die Menschlichkeit etwas tun will, der zeige und betreibe eine Politik, die zu einem Deutschland führt, das nicht von der Reaktion beherrscht wird, das nicht ein Tummelfeld für die großkapitalistischen Konzerne und Banken, für Militaristen, für Reaktion und für die Entfesselung gefährlicher internationaler Krisen bis zu einem Krieg wird.

Wer wirklich für die Menschlichkeit etwas tun will, der betreibe eine Politik, die zur Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten führt, die den kalten und verdeckten Krieg gegen die DDR ein für allemal beendet.

Aus der Geschichte Deutschlands müssen wir doch gelernt haben, wie man für Menschlichkeit kämpft und wie nicht. Nur wer gegen den deutschen Imperialismus in der Kaiserzeit kämpfte, wer gegen die Entfesselung eines Krieges auftrat und wer im Kriege die Lösung ausgab, die Waffen gegen die eigenen Imperialisten zu richten, nur der tat wirklich etwas für die Menschlichkeit.

Nur der tat etwas für die Menschlichkeit in Deutschland, der vorschlug, durch eine gemeinsame große antifaschistische Front der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte des Bürgertums den Nationalsozialismus zu schlagen.

Nur der tat etwas für wahre Menschlichkeit, der während des Krieges alles tat, um das Hitlerregime zu beseitigen. Und nur der tat etwas für Menschlichkeit, der nach 1945 alle Anstrengungen darauf richtete, daß nicht wieder ein Deutschland entsteht, in dem die alten Kriegstreiber und Reaktionäre aufs neue die Macht ergreifen.

Nur der tat und tut etwas für Menschlichkeit, der alle Anstrengungen des Volkes darauf richtet, die reaktionären Machthaber in Westdeutschland, die Fortsetzer der Hitler-

politik unter neuen Formen endgültig aus dem Leben des Volkes auszuschalten.

Das ist der wahre Kampf für Menschlichkeit!

Bloße Redensarten über Menschlichkeit, die die Gefahr der westdeutschen militaristischen Reaktion nicht geringer machen, nützen da gar nichts. Es ist notwendig, dies auch unseren sozialdemokratischen Freunden offen zu sagen, damit sich niemand von jenen falschen Freunden betören läßt, die unter dem Namen der Menschlichkeit die traditionellen Geschäfte der deutschen imperialistischen Reaktion und der USA-Imperialisten besorgen.

Wer wagt es übrigens in Westdeutschland oder Westberlin, das Wort Menschlichkeit in den Mund zu nehmen, wenn er gleichzeitig den grausamen Krieg der USA-Imperialisten gegen das vietnamesische Volk unterstützt?

Wir haben in unserem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, im Sinne wahrer Menschlichkeit verwirklicht, was Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der kämpferischen Zeit der deutschen Sozialdemokratie erstrebten, was in ihren Programmen festgelegt worden war und was fortschrittliche Bürger zur Vollendung der bürgerlichen Revolution forderten.

Unser Ziel war und ist ein wirklich menschliches Deutschland, ein Deutschland des Friedens und der friedlichen Arbeit, in dem nur die Interessen des Volkes und nicht die Interessen von Rüstungsindustriellen und anderen Kriegsinteressenten maßgebend sind.

Wir haben dabei die Lehren der unglückseligen Weimarer Republik studiert und beherzigt. Wir haben gelernt, daß es nach dem Krieg nicht einfach genügen konnte, Trümmer zu beseitigen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, aber die komplizierten Probleme der Neugestaltung der Gesellschaft auf unbestimmte Zeit vor sich herzuschieben. Eine solche Politik arbeitet der Restaurierung der alten verderblichen Kräfte des Monopolkapitals in die Hände. Das bewies Weimar. Und das beweist die Entwicklung der westdeutschen Bundes-

republik in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die Aufgabe bestand vielmehr darin, gleichzeitig mit der Beseitigung der Trümmer und dem Ingangbringen der Wirtschaft die Garantien für die Herrschaft der antifaschistisch-demokratischen Kräfte zu schaffen. Es galt, die Macht des deutschen Imperialismus, die Herrschaft der großen Monopole und der feudalen Großgrundbesitzer, die Macht des Militarismus mit der Wurzel zu beseitigen. Gleichzeitig mit dem Wiederaufbau wurde das Eigentum des Volkes an den Betrieben der großen Kriegsinteressenten und Kriegsverbrecher sichergestellt und damit den feudalen und großkapitalistischen Kräften die Möglichkeit genommen, nach einiger Zeit wieder ihre Machtpositionen einzunehmen. Die Arbeiterklasse schickte sich an, nicht nur die Verwaltung von Staat und Wirtschaft, sondern vor allem auch die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse in die eigenen Hände zu nehmen. **Wir haben das Schwere zuerst getan.** Wir haben verstanden, daß das arbeitende Volk sein Haus auf festen Fundamenten errichten muß. So wurden die deutschen Werktätigen zu Herren ihres Landes und ihrer eigenen Geschicke.

Wie sehen also: **Die Werktätigen der DDR und die Werktätigen Westdeutschlands gingen unterschiedliche Wege.** Hüben und drüben wurden die Trümmer von ihnen aufgeräumt und die Betriebe aufgebaut. Aber Westdeutschland landete infolge der Spaltung der Arbeiterklasse und der Diktatur der imperialistischen Besatzungsmächte bei der Restaurierung der Herrschaft der Reaktion. In der DDR hingegen herrscht das werktätige Volk und errichtet seine sozialistische Ordnung. Kann da noch jemand zweifeln, welcher Weg besser war?

Unsere Bilanz der

Unsere Bilanz der beiden Jahrzehnte weist den Sieg zweier Revolutionen aus — der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung. Es war ein kontinuierlicher revolutionärer Prozeß. Auf dem Boden der DDR wurde auf demokratischem Weg

Die Führung der westdeutschen Sozialdemokratie wiederholte den Fehler von Weimar. Sie beharrte auf der Illusion, es sei möglich, über die Restaurierung der Herrschaft des Monopolkapitals und der großen Banken auf einem „dritten Weg“ in Demokratie und Sozialismus hineinzuwachsen. In Wirklichkeit blieben die tieferen Ursachen der Ausbeutung, der Krisen bestehen. Dabei lieferte die SPD-Führung mit ihrem „dritten Weg“ der deutschen Reaktion bloß die „demokratische“ Fassade, hinter der die Multimillionäre, ihre Wehrwirtschaftsführer und Hitlergenerale ihren alten Machtapparat wieder ausbauten und den Antikommunismus zur herschenden Staatsdoktrin erhoben. Die hitlerischen Wehrwirtschaftsführer an der Spitze der großen Konzerne, die hitlerischen Gestapobeamten im westdeutschen Verfassungsschutz, die hitlerischen Blutrichter im Justizapparat und die Hitlergenerale an der Spitze der Armee, das ist das Ergebnis dieses „dritten Weges“.

Angesichts solcher Machtverhältnisse, die nur als Diktatur des Monopolkapitals und seiner Militaristen charakterisiert werden können, ist es illusorisch, den so dringend notwendigen Umbau der Gesellschaft und die Sicherung einer realen Mitbestimmung der Werktätigen nur vom Stimmzettel zu erwarten.

Der Versuch der SPD-Führung, zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse das revanchistische Besitzbürgertum in Nationalismus zu übertreffen und mit einer Politik der Anpassung an die CDU diese zurückzudrängen, hat schließlich nur die SPD-Politik in dieselbe Sackgasse gebracht, in der die CDU/CSU-Politik hoffnungslos festsitzt.

beiden Jahrzehnte

die einzige erfolgreiche Revolution der bisherigen deutschen Geschichte vollzogen.

Zum 20. Jahrestag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands geben wir der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten die „Geschichte der deutschen

Arbeiterbewegung“ in acht Bänden in die Hände. Dieses Werk enthält die Lehren, die die ältere Generation in Jahrzehnten harter Kämpfe und in gründlichem wissenschaftlichem Studium erworben hat. Es genügt nicht, auf Grund der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu wissen, daß die Arbeiterklasse berufen ist, die niedergehende Klasse der Bourgeoisie abzulösen. Geleitet von der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus, hat die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse die Strategie und Taktik des Kampfes um die politische Macht in unserer Periode ausgearbeitet. Das Geschichtswerk führt bis Kapitel XV, bis zum Beschuß über das Programm des Sozialismus. Die heutige Rede enthält den Konzept zu Kapitel XVI. Sie zeigt den Weg des Kampfes und die Einigung der Arbeiterklasse und der friedliebenden, demokratischen Kräfte der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik.

Mit Stolz kann unsere Partei, gemeinsam mit den Blockparteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front, feststellen, daß sie der Menschlichkeit den Weg gebahnt hat. Es war im Sinne der Menschlichkeit, daß unter Führung der SED die Werktätigen nicht nur Faschismus und Militarismus mit der Wurzel beseitigten, sondern auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das war die größte Tat für Menschlichkeit und Freiheit.

Durch die Überwindung der Macht der Monopole und die Übernahme der Betriebe und Banken in Volkseigentum sowie durch die Säuberung der Verwaltungen von Kriegsverbrechern und Handlangern der Monopolherren erhielten die Arbeiter und Werktätigen erstmals Entfaltungsmöglichkeiten für ihre schöpferischen Kräfte. Sie bewiesen ihre Fähigkeiten, ihr Verantwortungsbewußtsein und ihre Initiative bei der **demokratischen Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse**. Sie lernten Staat und Wirtschaft zu leiten. Mit der **Schulreform** entstand auf humanistischer Grundlage ein demokratisches Schulwesen. Mit der **Bodenreform** zogen demokratische Verhältnisse in die Dörfer ein. Von junkerlicher und kapi-

talistischer Ausbeutung befreit, lernten die früheren Knechte, Landarbeiter und werktätigen Bauern mit Unterstützung der Arbeiterklasse selbst zu wirtschaften und zu regieren.

Es wuchs die Zahl der Arbeiter, Bauern, Ingenieure, Wissenschaftler und anderer Angehöriger der Intelligenz sowie der Handwerker und aufbauwilligen Kräfte des Bürgertums, die aktiv an der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung teilnahmen. Sie leisteten bei der Lösung der damaligen komplizierten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben eine aufopferungsvolle Arbeit. Schritt um Schritt wurden die Gleichberechtigung der Frauen durchgesetzt und die Grundrechte der jungen Generation verwirklicht.

Unter Führung unserer Partei errang die Arbeiterklasse in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit allen Werktätigen die entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft sowie im kulturellen Leben. Jeder Restaurierung der alten reaktionären Kräfte wurde der Boden entzogen. Es wurden die Bedingungen geschaffen, die sozialistische Entwicklung auf friedlichem und demokratischem Weg zu vollenden.

Dieser friedliche Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Umwälzung war bereits in den vom Vereinigungsparlament beschlossenen „Grundsätzen und Zielen der SED“ enthalten. Wir haben die von Lenin in seinem Werk „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ ausgearbeitete Lehre von der Überleitung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution unter den konkreten Entwicklungsbedingungen in Deutschland schöpferisch angewandt.

Im Prozeß der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung, die zudem noch bei offener Grenze zum imperialistischen Lager vor sich ging, waren zeitweilig harte Auseinandersetzungen notwendig. In deren Verlauf wurden die reaktionären Kräfte geschlagen, und die Kräfte der Demokratie und des Sozialismus setzten sich mehr und mehr durch.

Beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und Kultur entwickelten

sich neue, sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen. Es reift eine sozialistische Menschengemeinschaft heran, die die komplizierten Probleme der technischen Revolution in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus meistert. Diese Entwicklung der Menschen im Prozeß der revolutionären Umgestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit betrachten wir als größten Erfolg der letzten zwei Jahrzehnte.

Welch ein Unterschied zwischen den Menschen in der früheren sowjetischen Besatzungszone des Jahres 1946 und den bewußtesten und selbstbewußtesten Bürgern der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1966! Und dabei — das wolle ich nicht vergessen — sind es in ihrer Mehrheit doch noch die gleichen Menschen.

Wir sind glücklich, feststellen zu können: Die Mehrheit jener, die zu Millionen den verlogenen Parolen der faschistischen Führung glaubten, sind heute gebildete, selbstbewußte Mitgestalter des neuen sozialistischen Lebens. Unsere Partei vermochte, das

Bewußtsein des Volkes zu verändern, weil sie die Kraft hatte, das Sein zu verändern, weil sie die Kraft hatte, die ökonomischen Grundlagen der imperialistischen Politik und Ideologie zu vernichten.

Von dem historischen Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 führt ein gerader Weg über die vom Vereinigungsparteitag angenommenen „Grundsätze und Ziele der SED“ bis zum Programm des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR, das auf dem VI. Parteitag beschlossen wurde. Die Ausarbeitung und Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus hat zu einem bedeutenden Aufschwung in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe geführt. Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees wurde der weitere Weg des sozialistischen Aufbaus in der Zeit des Perspektivplanes bis 1970 festgelegt. In der Gemeinsamkeit des Wirkens unseres Volkes für die Gestaltung seiner neuen Gesellschaftsordnung liegen die Kraft und die Gewißheit für die weiteren Erfolge.

Große Aufgaben stehen noch vor uns

Zusammen mit allen in der Nationalen Front zusammengeschlossenen Kräften hat unsere Partei — soweit die DDR in Frage kommt — die grundlegenden Aufgaben erfüllt. Was die völlige Lösung der nationalen Frage betrifft, so haben wir in der DDR solide Grundlagen dafür geschaffen. Doch es stehen noch große und schwierige Aufgaben vor uns. Sie können nur in einer den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und zugleich den nationalen und sozialen Interessen des ganzen Volkes entsprechenden Weise gelöst werden, wenn sich die Arbeiterparteien in Ost und West verstündigen und wenigstens zu einem Mindestmaß an gemeinsamen Auffassungen und gemeinsamen Handeln zusammenfinden.

Ich bin überzeugt, auch die Zustimmung der Werktätigen Westdeutschlands zu finden, wenn ich sage: Die Führung der CDU/CSU kann ihre Revanchepolitik und ihre Forderung auf Mitverfügung auf Atomwaffen nur weiterführen, solange

sie auf Duldung oder Unterstützung aus den Reihen der Sozialdemokratie rechnen kann. Wer die CDU/CSU daran hindern will, Westdeutschland in die Katastrophe zu führen, der muß die Gemeinsamkeit der SPD und SED, die Gemeinsamkeit der Arbeiterklasse der westdeutschen Bundesrepublik und der DDR herbeiführen. Jeder Werk-tätige empfindet es doch als einen Widerspruch, daß zwar die Konzernvertreter mit Vertretern der DDR Verhandlungen führen, den Gewerkschaftsfunktionären jedoch die Durchführung von gemeinsamen Beratungen untersagt ist.

Angesichts des barbarischen Krieges der USA gegen die vietnamesische Befreiungsbewegung und gegen die Demokratische Republik Vietnam und angesichts der moralischen und materiellen Unterstützung der barbarischen Aggression der USA-Imperialisten durch die herrschenden Kreise in Bonn ist es höchste Zeit, die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts zu formieren.

Westdeutschland ist zum zweiten Zentrum der Kriegsgefahr in der Welt und zum Hauptstörenfried in Europa geworden.

Ebendeshalb haben wir uns mit unserem Offenen Brief an die Delegierten des bevorstehenden Dortmunder Parteitages der SPD und alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland gewandt.

Wir haben an die sozialdemokratischen Delegierten und Mitglieder die Frage gerichtet:

1. Bist Du für Verhandlungen und für die Verständigung der Regierungen der beiden deutschen Staaten mit dem Ziel der Entspannung und der Schaffung der Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und schriftweise Vereinigung?

Was heißt Verständigung zur Herbeiführung der Entspannung?

Wir haben offen gesagt, daß von einer Entspannung nur die Rede sein kann, wenn beide deutsche Staaten auf Atomrüstung und das Mitverfügungsrecht über Atomwaffen verzichten. Im Sinne der Ostermarschbewegung gilt es, alle Menschen zu mobilisieren, die nicht unter der Atombombe und nicht unter dem Kriegsrecht der Notstandsgesetze leben wollen.

Leider haben wir auf unsere klare Frage noch keine klare Antwort bekommen. **Unmenschlich ist die Atomrüstung in Westdeutschland und die Revanchepolitik der Hitlertypen.** Dieses Unmenschliche kann nicht dadurch verhindert werden, daß die DDR ihre Grenzen öffnet, damit die Hitlertypen einmarschieren können. So wie es seinerzeit Österreich und der Tschechoslowakei erging. Es ist gut, daß über diese Fragen offen gesprochen wird.

Selbstverständlich hat diese Aussprache das Ziel, gemeinsame Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu finden. Dazu gehören die Normalisierung und Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen nicht nur zwischen den Unternehmungen Westdeutschlands und den Vertretern des Ministeriums für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, sondern auch die direkten Beziehungen zwis-

schen den Wirtschaftsministerien beider deutscher Staaten. **Entscheidend ist: Die Normalisierung der Beziehungen muß der Sicherung des Friedens dienen.** Sie darf nicht den Revanchisten und Atomkriegspolitikern von Nutzen sein.

Der Austausch von Meinungen und Argumenten und das Streitgespräch, die zur Klärung der gegenseitigen Interessen und Gemeinsamkeiten führen sollen, sind in Gang gekommen. An dem Dialog zwischen SED und SPD beteiligen sich heute bereits Tausende sozialdemokratischer Genossen und Gewerkschafter in Westdeutschland. Sie haben erkannt, daß die Konzeption der Bonner Regierung, die das Militärbündnis mit dem aggressivsten imperialistischen Staat, den USA, erstrebt, die westdeutsche Bundesrepublik international diskreditiert und sie auch von jenen westeuropäischen Ländern entfernt, die an militärischen Abenteuern nicht interessiert sind und die Lage realer einschätzen, als man in Bonn tut.

Unter den Führern der westdeutschen Sozialdemokraten herrscht heute noch eine große Angst davor, von der CDU/CSU gescholten zu werden, weil sie mit uns eine Diskussion begonnen haben. Aber das Gottesgnadentum ist schon längst vorüber, und wir möchten die Mitglieder des SPD-Parteivorstandes ermuntern, es nicht vom Gottesgnadentum der CDU/CSU abhängig zu machen, wie sie die Diskussion mit uns weiterentwickeln.

Die Furcht vor der reaktionären Partei der Bourgeoisie ist ein schlechter Ratgeber und war immer für die Arbeiterklasse verhängnisvoll, wie die Geschichte beweist.

Trotz des Druckes und der antikommunistischen Hetze der Bonner Staatsschicht wird einer wachsenden Zahl westdeutscher Sozialdemokraten bewußt, daß jeder Versuch einer Verwirklichung der aggressiven Vorwärtsstrategie der Bonner Regierung im Atomfeuer ein schreckliches Ende finden würde. Viele haben sich auch davon überzeugt, daß mit dem verdeckten Krieg gegen die DDR keine Erfolge erzielt werden können und daß die außerordentlich umfangreichen

Pläne des sogenannten Forschungsbeirates der Bonner Regierung nur dazu taugen, vom Lumpensammler abgeholt zu werden und in eine Papiermühle zu wandern.

Aus der vielen Sozialdemokraten unangenehmen Erkenntnis, zusammen mit der CDU in der Sackgasse zu stecken, und dem Bedürfnis, aus der Sackgasse herauszukommen, entspringt die gegenwärtig in Westdeutschland vor sich gehende Diskussion über die Realität der seit 20 Jahren bestehenden Grenzen, an der neuerdings auch bestimmte Kreise der evangelischen Kirche teilnehmen.

Wir sehen die bemerkenswerte Parallelität einer starken Bewegung gegen den mit der Notstandsgesetzgebung verbundenen weiteren Abbau der Demokratie innerhalb der Intelligenz wie innerhalb der Gewerkschaften und in der Sozialdemokratie. Die Tatsache, daß bedeutende Wissenschaftler und andere Angehörige der

Intelligenz sich mit den Gewerkschaften in Verbindung gesetzt haben, um gemeinsame Abwehrmaßnahmen gegen die Notstandsdiktatur des Besitzbürgertums zu erörtern, zeigt, daß bedeutende demokratische Kräfte in der westdeutschen Bundesrepublik in Bezug geraten sind.

Andererseits erkennen wir nicht, daß sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der CDU und der CSU die faschistischen Kräfte formieren. Das zeigte sich bereits in mehreren westdeutschen Wahlgängen der letzten Zeit und in der gesteigerten Überheblichkeit und Aggressivität der Bonner Politik. Mit dem Schlagwort der „formierten Gesellschaft“ ist eine Gruppe der CDU-Führung dabei, die unmittelbaren und totalitären Herrschaftsansprüche der Großbourgeoisie zu einem festen System auszubauen mit dem Ziel, die demokratische Bewegung der Volkskräfte aufzuhalten und notfalls mit Gewalt zu unterdrücken.

Über den Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen

Der Schlüssel zur Sicherung des Friedens, zur europäischen Sicherheit und zur friedlichen Lösung der deutschen Frage — soweit Westdeutschland in Betracht kommt — liegt also in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, liegt in den Händen der Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Gewerkschafter und parteilosen Werktätigen, wobei die Angehörigen der Intelligenz eine wichtige Rolle spielen.

Ohne die Schaffung von Garantien, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen kann, ist eine Lösung der deutschen Frage absolut unmöglich. Solche Garantien fordern die Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst. Und sie werden mit Recht auch von den Nachbarn Deutschlands gefordert, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zweimal von den deutschen Militaristen überfallen worden sind.

Die in der DDR vollzogenen Umwälzungen und die völlige Entmachtung der an Kriegen und Eroberungen interessierten imperialistischen und militäristischen Kräfte und die dementsprechende konsequente Friedenspolitik

geben dem deutschen Volk und seinen Nachbarn diese Garantien, soweit das in unserer Macht steht.

Anders ist die Lage in Westdeutschland. Hier wurden die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht durchgeführt, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung war. Bevor also nicht in Westdeutschland durch grundlegende innere Veränderungen die im Potsdamer Abkommen festgelegten Voraussetzungen für eine friedliche Politik geschaffen sind, ist auch eine friedliche Lösung der deutschen Frage und eine Vereinigung der deutschen Staaten unmöglich.

Wir können nicht umhin, Deutschlands Stellung in der Welt von heute und in der Welt von morgen mit in unsere Erwägungen einzubeziehen.

Seitdem der einheitliche deutsche Staat, der von den faschistischen Handlangern der deutschen Imperialisten usurpiert worden war, in dem von ihm organisierten Raubkrieg eine vernichtende Niederlage erlitt, hat sich die Welt erheblich verändert. Das deutsche Volk in beiden deutschen Staaten muß

von diesen Veränderungen Kenntnis nehmen und entsprechend handeln, wenn es sich den Weg zu einem einheitlichen Deutschland öffnen will. Die Völker haben Lehren daraus gezogen, daß die deutschen Imperialisten die Welt zweimal in einen furchtbaren Krieg stürzten.

Neben der Sowjetunion sind eine ganze Reihe von Staaten entstanden, deren Politik es ist, den Frieden zu sichern und der aggressiven imperialistischen Politik, dieser Quelle gefährlicher Kriege, entgegenzutreten. Diese Staaten sind wachsam und wehren der Gefahr, die sich aus der Politik des westdeutschen Teilstaates ergibt, der für sich Anspruch erhebt, Erbe des Hitlerreiches zu sein, und durch den Griff nach Atomwaffen sowie durch seine Gebietsforderungen die Spannungen in der Welt erhöht.

Die von westdeutschen Antikommunisten verbreitete Mär über die Möglichkeit, die sozialistischen Länder Europas gegeneinander auszuspielen, ist wie eine Seifenblase geplatzt. Der XXIII. Parteitag der KPdSU zeugte von der inneren Festigkeit, Schöpferkraft und Zielbewußtheit der Partei Lenins und der Völker der Sowjetunion. Kein Mensch, der seine fünf Sinne zusammen hat, kann glauben, daß in dieser Periode, wo die Mehrheit der Völker Europas in der Sowjetunion und in sozialistischen Staaten lebt, die Sowjetunion bereit sein könnte, einen Abbau des Sozialismus in der DDR zu begünstigen. Auf dem XXIII. Parteitag bekundeten 86 kommunistische und Arbeiterparteien aus der ganzen Welt ihre brüderliche Verbundenheit mit der Sowjetunion, mit dem heroisch kämpfenden Volk Vietnams und mit dem Arbeiter- und Bauern-Staat in Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik. Die Völker sind gegen die Abenteurer in Westdeutschland.

Die Völker nicht weniger kapitalistischer Staaten in Europa und der Welt sind der Lehren beider Kriege eingedenkt und wehren sich dagegen, daß ihr Leben und ihre Zukunft durch die Taten westdeutscher Revanchepolitiker aufs Spiel gesetzt werden.

In der Welt von heute und von morgen den Weg zum künftigen vereinig-

ten Deutschland zu finden, heißt die Forderungen der Völker nach Frieden und Sicherheit zu respektieren.

Diese Forderungen stehen im Einklang mit den Lebensinteressen des arbeitenden deutschen Volkes. In diesem Sinne halten wir es für zwingend erforderlich, daß auch die westdeutsche Bundesrepublik den Weg einer konsequenten Friedenspolitik beschreitet.

Eine reale Einschätzung der internationalen Lage und der Stellung der deutschen Staaten in Europa läßt erkennen, daß es ein vereinigtes Deutschland, das einem der beiden einander gegenüberstehenden militärischen Bündnissysteme angehört, nicht geben kann. Wer also — wie es die Bonner Regierung tut — ein einheitliches Deutschland innerhalb des Bündnisystems der USA-Imperialisten, innerhalb der NATO oder sogar als Bestandteil einer Achse Bonn-Washington verlangt, der hat in Wirklichkeit die Vereinigung der deutschen Staaten abgeschrieben.

Ich kann die heutigen Machthaber in Bonn nicht für so töricht halten, daß sie nicht wissen, daß ihr sogenannter „Rechtsanspruch“ auf die Grenzen von 1937 Kurs auf Krieg bedeutet. Aber ein von Westdeutschland ausgehender Krieg — mit oder ohne Achse Bonn-Washington — ist für die westdeutsche Bundesrepublik die sichere Vernichtung.

Das Gerede von den Grenzen von 1937 ist also ein gefährliches Spiel mit dem Krieg und zeugt von einem beschränkten politischen Denken. Mögen die Westdeutschen endlich einschenken, daß 1945 ein endgültiger Schlussstrich unter eine ganze Epoche der deutschen Geschichte gezogen worden ist. Die heutigen Grenzen sind das Ergebnis der verbrecherischen Raubkriege der deutschen Imperialisten und ihrer ungeheuerlichen Schandtaten. Den Westdeutschen kann ich nur sagen: Es hilft euch gar nichts, wenn ihr euch zehnmal an die Rocksöhle der USA hängt. Nichts werdet ihr erreichen! Hört doch endlich auf, euch selbst zu bemitleiden und über die von den deutschen Imperialisten verspielten Grenzen und dazu über die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen

der DDR und Westberlin zu jammern. Vernünftiger wäre es, endlich auch in Westdeutschland eine solche demokratische Umwälzung durchzuführen, welche den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten und Westberlins zu einer deutschen Konföderation möglich macht. Das würde dem deutschen Volk ein friedliches Leben sichern. Das würde der Sicherung einer friedlichen und glücklichen Zukunft Deutschlands

dienen. Und das würde zugleich gestatten, heute unlösbare menschliche Probleme zu lösen und Belastungen zu beseitigen.

Indem das deutsche Volk seine Beziehungen zu den anderen Völkern im Geist der Friedensliebe und der guten Nachbarschaft regebt, hilft es sich selbst, beginnt es, seine nationale Frage in der allein realistischen Weise zu lösen.

Inhalt eines Friedensvertrages

Die SPD hat während der Bundestagswahlen die Frage des deutschen Friedensvertrages aufgeworfen. Da sie über den Inhalt eines solchen Friedensvertrages nichts Näheres sagte, haben wir in unserem Offenen Brief die Frage gestellt:

2. Wie stehst Du zum Friedensvertrag?

Welche Vorstellung hat die SPD von der Vorbereitung und vom Inhalt des Friedensvertrages?

Leider hat der Parteivorstand der SPD in seinem Antwortbrief auch diese Frage nicht beantwortet. Die Regierung der DDR hat am 4. September 1958 den vier Mächten einen Vorschlag zur Ausarbeitung eines Friedensvertrages unterbreitet. Die Sowjetregierung erklärte, daß sie ihrerseits alles, was von ihr abhängt, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unternehmen wird. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übermittelte allen Staaten, die sich mit ihren bewaffneten Streitkräften am Krieg gegen Hitlerdeutschland beteiligt haben, im Januar 1959 den Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland. In diesem Entwurf wurde vorgeschlagen, daß die verbündeten Mächte mit Deutschland, das gegenwärtig durch die Deutsche Demokratische Republik und die deutsche Bundesrepublik vertreten wird, oder beim Bestehen einer deutschen Konföderation mit dieser einen Friedensvertrag abschließen.

Das Charakteristische dieses Entwurfs ist die Formulierung der Bedingungen, die ein friedliches Deutschland gewährleisten sollen. Der Vertrag soll nicht nur endgültig einen Strich unter den Krieg ziehen, der von Hitlerdeutschland entfesselt worden war.

Sondern es sollen auch die Garantien geschaffen werden, daß nie wieder von Deutschland ein Krieg ausgeht. Deutschland soll die Möglichkeit einer friedlichen und demokratischen Entwicklung und einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit anderen Staaten als einem gleichberechtigten Mitglied der Völkerfamilie garantiert werden. Der sozialdemokratischen Parteiführung ist der Entwurf der Sowjetunion zu einem Friedensvertrag und der Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik sehr gut bekannt. Ihr sind auch die Vorschläge der Westmächte bekannt, die auf eine unfriedliche Lösung der deutschen Frage hinauslaufen. Jeder versteht, daß mit der Stellungnahme zur atomaren Rüstung und zur Abrüstung schon sichtbar wird, ob eine friedliche oder eine militärische Lösung der deutschen Frage erstrebt wird. Die im Brief der SED an die Delegierten des SPD-Parteitages gestellten Fragen sind nicht nur an die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie, sondern an alle Bürger Westdeutschlands gerichtet.

Beginnen sollten wir mit der Abrüstung in Deutschland. Die Bonner Regierung hat bisher leider noch keinen einzigen aktiven Schritt unternommen, um eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der militärischen Neutralität zu entwickeln oder sich ihr anzuschließen. Im Gegenteil, Revanchepolitik, forcierte Aufrüstung, insbesondere ihre Jagd nach der Verfügungsgewalt über Atomwaffen und das Streben nach einer vom Diktat der Monopole formierten Gesellschaft drücken ihre wahren politischen Interessen aus. In der Konzeption der „formierten Gesellschaft“ ist reichlich viel

von Hitler entlehnt. Das ist Diktatur im Dienst der großen Monopole mit Hitlerschen Methoden, wie sie zum Beispiel in der Notstandsgesetzgebung zum Ausdruck kommen.

Der kürzlich verbreiteten sogenannten Friedensnote der Bonner Regierung wird sogar seitens einiger ihrer Verbündeter bescheinigt, daß sie nichts

anderes ist als ein dürftiges Feigenblatt für die bisherige Politik, die ins alte Geist fortgesetzt werden soll. Die Welt hat es sehr schnell durchschaut, daß hier lediglich die alte aggressive Revanchepolitik in unverbindliches Friedensgeschwätz eingewickelt wurde. Manche sagten, diese Note rieche sehr amerikanisch.

Warum steckt die Bonner

Politik in der Sackgasse?

Möge doch jeder westdeutsche Bürger einmal darüber nachdenken: Woher mag es wohl kommen, daß nicht wenige westeuropäische Bundesgenossen Bonns mit der Revanchepolitik der Bonner Regierung absolut nichts zu tun haben mögen und von ihr abrücken? Wie ist es zu erklären, daß der französische Staatspräsident de Gaulle, der ja offenbar kein Kommunist ist, gerade jetzt Frankreich aus der Gefahrenzone von Kriegsprovokationen herauszulösen wünscht? Tut er das nicht deshalb, weil er eben die Einzelheiten der aggressiven „Vorwärtsstrategie“ Bonns und seiner Achse mit Washington einschließlich der Pläne der „Eskalation“ des Krieges genau kennt und diese Vorhaben als abenteuerlich und selbstmörderisch einschätzt?

De Gaulle weiß darüber sicherlich mehr als die westdeutschen Bundesbürger, die von ihrer Regierung betrogen werden. De Gaulle schätzt offenbar die Lage realer ein.

Die Westdeutschen sollten aus seinem Vorgehen die sachliche Schlüssefolgerung ziehen, daß es auch für sie wohl höchste Zeit sein dürfte, **endlich eine deutsche Politik und nicht eine USA-Politik zu treiben** und endlich an einen westdeutschen Beitrag zur Stabilisierung der Sicherheit in Europa zu denken. Es kann lebensgefährlich werden, wie hypnotisiert auf die Achse Bonn—Washington zu starren und auf Revancheplänen zu beharren, die ohnehin keinerlei Aussicht haben, jemals verwirklicht zu werden. Wenn die Sicherheit der europäischen Völker und auch die Sicherheit der Deutschen gewährleistet werden soll, dann müssen die Westdeutschen endlich ihren realen Beitrag leisten und

den Abenteurern in Bonn einen Strich durch die Rechnung machen.

Die erste Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten und einer friedlichen Lösung der deutschen Frage ist die Herbeiführung einer Atmosphäre der Entspannung in Europa durch Verzicht der Bonner Regierung auf Revanchismus und Atomrüstung. Die Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik Polen und der DDR haben den europäischen Staaten Vorschläge für einen Vertrag über Europäische Sicherheit unterbreitet. Wir schlagen vor, darüber Verhandlungen zwischen allen europäischen Staaten zu führen.

Der westdeutschen Bundesrepublik schlagen wir einen Verständigungsfrieden vor. Wir schlagen vor, durch Abrüstung der Menschlichkeit zu dienen. Die von uns am 1. Januar 1966 verkündeten Vorschläge zu einem Verständigungsfrieden können von jedem Menschen guten Willens als Vorschläge für Verhandlungen angenommen werden:

Beide deutsche Staaten verzichten auf Atomrüstung und Beteiligung an der Verfügungsgewalt über atomare Waffen in jeglicher Form;

beide deutsche Staaten anerkennen die bestehenden Grenzen in Europa;

die Deutsche Demokratische Republik und die westdeutsche Bundesrepublik nehmen — im Interesse des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit — diplomatische Beziehungen zu allen Staaten der NATO bzw. zu allen Staaten des Warschauer Vertrages auf;

beide deutsche Staaten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über die Abrüstung in Deutschland;

beide deutsche Staaten leisten feierlich Verzicht auf solche Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren, wie zum Beispiel atomare Aufrüstung, Notstandsgesetzgebung usw.:

die Regierungen beider deutscher Staaten treten in Verhandlungen mit dem Ziel ein, die Beziehungen zwischen den deutschen Staaten und ihren Bürgern zu normalisieren.

Wenn die Regierung in Bonn Vorleistungen verlangt, so können wir ihr nur sagen, daß diejenigen an der Reihe sind, die bis heute das Potsdamer Abkommen nicht erfüllt haben.

Manchmal wird die Frage gestellt, wie es denn nun weitergeht, wenn der Versuch der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, zu einer Verständigung mit dem westdeutschen Staat zu kommen, doch noch längere Zeit zu keinem Resultat führt.

Darauf will ich antworten, damit sich niemand in Westdeutschland Illusionen macht.

Die Deutsche Demokratische Republik besitzt durch ihre eigene Kraft, durch ihre wirtschaftlichen Abmachungen mit der Sowjetunion und den sozialistischen und anderen Ländern, alles, was notwendig ist, um den Aufbau des Sozialismus zu vollenden. Durch unsere militärischen Bündnisse sind unsere Grenzen fest geschützt, die ja bekanntlich vom Warschauer Pakt mit einer gemeinsamen militärischen Aktion verteidigt würden, wenn sie irgend jemand angreift.

Also, zum weiteren Aufbau unserer sozialistischen Demokratie, unserer sozialistischen Wirtschaft bedarf es keinerlei Verständigung mit dem west-

deutschen Staat. Wir wünschen eine solche Verständigung so bald wie möglich. Aber wir betonen, daß unser Aufbau des Sozialismus in keiner Weise von unserem Verhältnis zum westdeutschen Staat abhängig ist. Die Zeit ist vorüber, wo wir den Sozialismus aufbauen müßten mit fremden räuberischen Händen in unseren Taschen. Die feste und gut geschützte Grenze unserer Deutschen Demokratischen Republik hat dieser Ausraubung und Störung unseres Aufbaus ein für alle mal ein Ende gesetzt.

Was aber die Erhaltung des Friedens betrifft, so können wir mit dem ganzen sozialistischen Lager und mit allen friedliebenden Kräften in der Welt vieles tun, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern. Und wir hoffen auch, daß er verhindert wird, trotz der gefährlichen Politik der USA-Imperialisten und ihrer westdeutschen imperialistischen Spießgesellen. Ich möchte dazu bemerken, daß ohne die gewaltige steigende wirtschaftliche, politische und nicht zuletzt auch militärische Kraft der Sowjetunion der Kampf um die Erhaltung des Friedens ziemlich aussichtslos wäre. Damit aber aus dem westdeutschen aggressiven großkapitalistischen Staat, wie er heute besteht, ein friedlicher, demokratischer zur Verständigung bereiter Staat wird, dafür genügen unsere Anstrengungen allein nicht. Dazu ist in erster Linie notwendig, eine Verständigung zwischen den Arbeitern und den Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten. Deshalb haben wir auch die Initiative ergriffen, um mit den westdeutschen Sozialdemokraten, mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und Freunden in ein Gespräch über die wichtigsten Fragen zu kommen, in dem wir uns verständigen müssen, um auch nur einen Schritt vorwärts zu kommen.

Über die Vorbereitung der deutschen Konföderation

Es kommt unserer Meinung nach darauf an, daß die beiden großen deutschen Parteien, die SPD und SED, ihre Auffassungen austauschen über den Weg für eine friedliche Lösung der deutschen Frage. Im Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und

Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland haben wir die Frage gestellt:

3. Wie soll das einzige Deutschland aussehen, das Du erstrebst?

Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen

in ihm die Multimillionäre und Hitlertypen den Ton angeben?

Da der Parteivorstand der SPD auch auf diese Kernfrage noch keine Antwort gegeben hat, möchte ich den Standpunkt der SED näher präzisieren, um die Aussprache auf einer konstruktiven Grundlage zu beleben.

Der Führung der SPD ist bekannt, daß der sogenannte „Forschungsrat beim Gesamtdeutschen Ministerium in Bonn“, dem auch sozialdemokratische Funktionäre angehören, eine umfangreiche Dokumentation für den Tag X ausgearbeitet hat. Diese Dokumentation besagt, daß die Einheit Deutschlands dem Zwecke dienen soll, die Herrschaft der großen Monopole Westdeutschlands und die Herrschaft des Militarismus auch auf die Deutsche Demokratische Republik auszudehnen. Die „formierte Gesellschaft“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus Westdeutschlands soll auf die DDR übertragen werden. Die ganze Dokumentation ist nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben ist.

Die Bonner Regierung will also das „Alleinvertretungsrecht“ im Sinne der Ausdehnung der Herrschaft der großen Monopole, der Großgrundbesitzer und der Hitlertypen nach dem Osten verwirklichen. Sie will den Militarismus exportieren.

Wir dagegen sind realistisch denkende Menschen. Wir haben nicht die Absicht, unsere sozialistische Gesellschaftsordnung einfach nach Westdeutschland zu exportieren. Wir haben kein solches Modell wie der sogenannte Forschungsrat ausgearbeitet. Wir gehen aus von den Interessen des Volkes und dem Willen des Volkes. Die Arbeiterklasse Westdeutschlands und die friedliebenden, demokratisch gesinnten Kreise der Bevölkerung sollten die Wiedervereinigung so auffassen, daß sie sich dabei aus der Zwangsjacke der formierten Gesellschaft befreien können. Wir stimmen sicher mit der Meinung der Arbeiterklasse und mit den Sozialdemokraten und Gewerkschaftern darin überein, daß der Weg der Wiedervereinigung ein langer Kampf zwischen den friedliebenden und demokratischen Kräften und den reaktionären militaristi-

schen Kräften sein wird. Unser Vorschlag der Bildung einer Konföderation dient dem Ziel, dem Volk aus eigener Kraft den Übergang ohne Schaden zu ermöglichen.

Wir sind davon überzeugt, daß die friedliebenden Deutschen die Unterstützung der europäischen Völker erhalten, die um europäische Sicherheit ringen.

Unsere Darlegungen über das wieder vereigte Deutschland sind Vorschläge zur Aussprache zwischen der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten, zwischen den beiden stärksten deutschen Parteien, der SED und SPD, zwischen den Gewerkschaften, zwischen den christlich gesinnten Kreisen der Bevölkerung und zwischen allen demokratischen Kräften der in Deutschland bestehenden Parteien.

Jede die Vereinigung der deutschen Staaten einschließende Lösung der deutschen Frage setzt ihre Annäherung und Verständigung und ihre Zusammenarbeit im Sinne einer deutschen Konföderation voraus. Einen anderen Weg gibt es nicht.

Unentbehrlich ist also der Abschluß eines Verständigungsfriedens vor allem zwischen den deutschen Arbeiterparteien in Ost und West, aber auch zwischen den beiden deutschen Staaten.

Er wird ihren Regierungen Gelegenheit bieten, sich über die konkreten Einzelheiten der Vorbereitung ihrer Zusammenarbeit im Rahmen der deutschen Konföderation zu verständigen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß bereits vor längerer Zeit ein Beauftragter der Regierung Adenauer und ein Beauftragter der Regierung der DDR die Bildung einer deutschen Konföderation erörterten. Wenn es damals bereits — so wie wir es wünschten — zu einer Einigung gekommen wäre, dann wäre uns die seitdem eingetretene ständige Vertiefung der deutschen Spaltung erspart geblieben. Volkskammer und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben nicht nur einmal diesen einzigen noch verbliebenen Weg der Überwindung der deutschen Spaltung vorgeschlagen. Sollten sozialdemokra-

tische Führer die CDU-Auffassung unterstützen, daß die Wiedervereinigung Sache der vier Mächte ist, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß infolge der Sonderinteressen des USA-Finanzkapitals in diesen 20 Jahren die vier Mächte keinen Schritt vorwärts gekommen sind. Also müssen sich die friedliebenden Kräfte in Deutschland zunächst selbst verstündigen.

Wir erneuern heute unser Angebot. Wir bereiten uns darauf vor, daß die deutsche Konföderation Wirklichkeit wird und daß aus der Zusammenarbeit und dem Zusammenfinden der Deutschen im Rahmen dieser Konföderation eines Tages ein neues einiges Vaterland erwächst.

Für uns ist es verhältnismäßig einfach zu sagen, was die DDR tun muß und tun wird, um diesen Weg vorzubereiten und dem künftigen Deutschland eine geachtete Stellung in der Welt von morgen zu schaffen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird ihre Friedenspolitik und ihren sozialistischen Aufbau unbeirrt weiterführen, damit die Anziehungskraft ihrer Ideen noch stärker auf die Werktätigen und alle friedliebenden Kräfte im anderen deutschen Staat einwirkt. Die Kraft unserer Ordnung erwächst aus der Übereinstimmung der Interessen der Staatsbürger mit den wohlverstandenen Interessen der Gesellschaft und ihres Staates. Die Sozialistische Einheitspartei Deutsch-

lands und die Regierung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht werden alles tun, damit die Interessen der einzelnen Bürger und die Interessen der Arbeitskollektive noch besser und harmonischer mit den Interessen der Gesellschaft übereinstimmen. Was die politischen Grundfragen, zum Beispiel des Kampfes um den Frieden, betrifft, so stimmen diese Interessen schon immer überein.

Auf wirtschaftlichem Gebiet haben wir eine komplizierte Entwicklungsphase hinter uns. Es war schwer, aus der Katastrophe des Krieges heraus das Neue zu gestalten. Da wir das am eigenen Leibe erfahren haben, treten wir so entschieden dafür ein, die historisch notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltungen im Frieden, im Kampf der demokratischen Kräfte, durchzusetzen.

Unser Staat mußte in den ersten Jahren vom einzelnen Bürger und von den Arbeitskollektiven manche Anstrengungen verlangen, die kaum mit ihren Interessen zusammenzupassen schienen. Sie waren aber unbedingt notwendig, um die Grundlage für eine, wenn auch zunächst langsame, aber doch stetige und sichere Erhöhung der Lebenshaltung zu schaffen. Ich erinnere hier an die Lösung: Erst mehr arbeiten — dann besser leben! Inzwischen haben wir viel geschafft. Heute spürt jeder Bürger der DDR, der ehrlich arbeitet, daß es zu seinem eigenen Nutzen ist, wenn er gute Arbeit leistet!

Früchte der Arbeit gesichert

Die Sicherung unserer Staatsgrenze in Berlin hat dafür gesorgt, daß uns die Früchte unserer Arbeit nicht mehr gestohlen werden können. Erst danach war es möglich, die Gesetze der sozialistischen Ökonomik zur vollen Wirksamkeit zu bringen. Das neue ökonomische System der Planung und Leitung löste neue Impulse zu ideenreicher Arbeit aus. Infolge aufopfernder Leistungen in der Vergangenheit reifen die Früchte der gemeinsamen Arbeit in der Gegenwart weitaus schneller als früher.

Wir haben auf unserem Weg, der anfangs allen Werktätigen viel

Schweiß und Mühe abforderte, festen Boden unter den Füßen. Wir haben den Bau unseres neuen Hauses mit der Errichtung fester Fundamente begonnen und nicht mit dem Teppich im Wohnzimmer oder mit dem Kühlenschrank in der Küche.

In Westdeutschland wurde bisher der unumgängliche Neubau der gesellschaftlichen Fundamente durch die Partei des westdeutschen Monopolkapitals, die CDU/CSU, im Verein mit der USA-Besatzungsmacht verhindert. Um die westdeutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen von dieser unausweichlichen Notwendigkeit abzu-

lenken, wurde mit Hilfe von Marshallplan und anderen Betäubungsspritzen die sogenannte Wohlstandsgesellschaft erfunden.

Wir sind immer davon ausgegangen, daß zu einem hohen Lebensniveau in erster Linie die Sicherung des Lebens selbst gehört. Aber in Westdeutschland ließ sich die Mehrheit der Werktätigen durch Kühlschrank und Fernsehgerät und elektrische Waschmaschinen und PKW hypnotisieren. Sie ließen sich so dazu verleiten, ihr Schicksal erneut den alten imperialistischen Verderbern des deutschen Volkes anzuvertrauen und vernachlässigten gräßlichst das Fundament ihres Hauses und die Sicherung ihres eigenen Lebens und des Lebens ihres Volkes.

Zeitweilig wiegten sich viele westdeutsche Werktätige in der Illusion, es ginge ihnen besser als den Werktätigen in der DDR. Aber heute ist schon klar, daß die Werktätigen der DDR unter Führung der geeinten Partei der Arbeiterklasse durch die Schaffung ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates und den Aufbau des Sozialismus den besseren und sichereren Weg gegangen sind. Wir haben das solide Fundament der Herrschaft des Volkes, das Fundament des Sozialismus errichtet. Das war der schwere Anfang. Fernsehgeräte, Kühlschrank und Waschmaschinen sind jetzt dran, und auch PKW wird es noch mehr geben.

In Westdeutschland aber müssen heute zum Beispiel die Ruhrkumpel erkennen, daß ihre „Wohlstandsgesellschaft“, ihre „soziale Marktwirtschaft“, sie von der Hauptsache, nämlich dem Neubau der Fundamente der Gesellschaft, abgehalten haben. Sie sehen heute, was ihre vielgerühmte „Sozialpartnerschaft“ wert ist. Und die „formierte Gesellschaft“ mit der Diktatur einer kleinen Clique der Großbourgeoisie, ihren Notstandsverordnungen und ihrem Militarismus soll sie daran hindern, aus diesen richtigen Erkenntnissen auch die richtigen Schlüssefolgerungen zu ziehen.

Die guten Ergebnisse früherer Arbeit gestatten es uns, in der DDR einen neuen Perspektivplan durchzuführen, der allen Werktätigen kühne Ziele stellt. Als moderner sozialistischer

Industriestaat mit intensiver Landwirtschaft wird die DDR ihren guten Platz in der Gruppe der fortgeschrittenen Industriestaaten der Welt erhalten und ausbauen. Sie wird neue Fortschritte der Wissenschaft erringen, indem sie in der Durchführung der technischen Revolution ein beträchtliches Stück vorankommt.

Große Aufgaben können auch der sozialistischen Landwirtschaft gestellt werden, da sich das materielle Interesse der Genossenschaftsbauern an moderner landwirtschaftlicher Produktion als eine so mächtige Triebkraft erwiesen hat. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte leben die Bauern in sozialer Sicherheit.

Den Erfordernissen des modernen sozialistischen Staates entsprechend, werden wir unser großangelegtes einheitliches Bildungssystem Schritt für Schritt verwirklichen und die sozialistische Nationalkultur entwickeln.

Der Lebensstandard der Bürger unseres Staates wird durch die Ergebnisse ihrer eigenen Arbeit bestimmt sein, das heißt, er wird kontinuierlich wachsen.

In den nächsten Jahren wird sich die sozialistische Demokratie in der DDR noch erfolgreicher entwickeln.

Diese Perspektive ist um so gewichtiger, als jetzt sogar ein Mann wie der bürgerliche Philosoph Jaspers den Prozeß des unaufhaltsamen Abbaus und Zerfalls der formalen bürgerlichen Demokratie in Westdeutschland feststellen und vor der Gefahr eines neuen Faschismus warnen muß, der mit der sogenannten „formierten Gesellschaft“ der großen Rüstungsmonopole und des Militarismus verbunden ist. Es ist für uns Marxisten bemerkenswert, daß ein solcher Wissenschaftler, der unserer Politik und Weltanschauung keine Sympathien entgegenbringt, zu ähnlichen Schlüssefolgerungen wie wir gelangt, wenn er die westdeutschen Tatsachen vorurteilsfrei untersucht.

Westdeutsche und ausländische Beobachter unseres Landes können nicht umhin zu bestätigen, daß sich das Volk der DDR immer deutlicher und stärker mit seiner Gesellschaft und mit seinem Staat identifiziert und daß sich die

Bürger dieses deutschen Staates der Arbeiter und Bauern in ihrem Handeln immer stärker von den Interessen der Gesellschaft leiten lassen. Sie haben mit dieser Gesellschaft keine Differenzen. Sie fühlen sich mit ihr zutiefst verbunden.

Wir sind gewiß, daß die allmählich wachsende sozialistische Lebensgemein-

schaft der Bürger unserer Republik ihre Wirkung nach Westdeutschland nicht verfehlten und daß sie wesentlich dazu beitragen wird, das Bild des künftigen Vaterlandes der Deutschen zu formen.

So bereiten wir uns auf die Bildung der deutschen Konföderation vor.

Was zu ändern in Westdeutschland notwendig ist

In der westdeutschen Bundesrepublik muß zweifellos vieles verändert werden, bevor der Prozeß des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin beginnen kann. Die westdeutschen Arbeiterklasse und alle westdeutschen Werktätigen stehen vor der Aufgabe, vieles nachzuholen, was schon vor 20 Jahren hätte getan oder wenigstens energisch hätte begonnen werden müssen. Das ist natürlich schwer.

Andererseits haben es die westdeutschen Werktätigen und andere Patrioten heute leichter als das Volk der DDR. Denn das Volk der DDR hat in den vergangenen 20 Jahren zwei geschichtliche Umwälzungen erfolgreich durchgeführt. Es liegen also Erfahrungen vor, wie man die historischen Aufgaben lösen kann, was zweckmäßig und was nicht zweckmäßig ist. Die westdeutsche Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten, den Bauern, den Angehörigen der Intelligenz und des Mittelstandes und allen friedliebenden und demokratischen Kräften, kann also leichter den Weg finden und erfolgreich gehen, der den spezifischen Bedingungen Westdeutschlands entspricht.

Die westdeutschen Monopolherren und ihre Politiker kennen nur eine Vorstellung von einem künftigen einheitlichen Deutschland. Es unterscheidet sich hinsichtlich der Machtverhältnisse in nichts Wesentlichem von dem Deutschland des Jahres 1914 und dem Deutschland des Jahres 1939.

Wir erklären offen: Einen solchen einheitlichen, aber aggressiven und kriegslüsternen deutschen Staat, in dem die Monopolherren und die Militaristen die Macht ausüben, wird es niemals wieder geben. Es wird ihn nicht geben, weil das Volk der DDR,

das sich einen modernen Friedensstaat aufgebaut hat, ihn nicht will. Es wird ihn nicht geben, weil auch ein wachsender Teil der Bevölkerung Westdeutschlands ihn nicht will. Es wird ihn auch deshalb nicht geben, weil die fortschrittlichen Staaten und die Völker Europas, insbesondere das Sowjetvolk und selbst einflußreiche Kreise in den meisten imperialistischen Ländern, ihn nicht wollen.

Um die nächsten wichtigen Schritte voranzukommen, ist es deshalb erforderlich, daß diejenigen patriotischen Kräfte in Westdeutschland an politischem Einfluß gewinnen, die ein echtes Interesse an der friedlichen Lösung der deutschen Frage haben.

Den festen Kern dieser großen Bewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt müßten die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei, die fortschrittliche Intelligenz und die werktätigen Bauern bilden, um den sich alle demokratischen und friedlichen Kräfte gruppieren könnten.

Wir sind nicht der Meinung, daß auf westdeutschem Territorium erst eine Art zweite DDR geschaffen werden sollte, damit später ein einheitlicher deutscher Friedensstaat errichtet wird. Wir sind aber mit vielen Westdeutschen der Meinung, daß erst dann, wenn die Politik des westdeutschen Staates auf den Lebensinteressen der Werktätigen beruht, der gemeinsame Weg zum großen Ziel gefunden werden kann.

In den Beschlüssen und Diskussionen westdeutscher Gewerkschaftsorganisationen, von Organisationen der Sozialdemokratischen Partei, der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Jugend, der Gewerkschafts-

jugend, der Lehrerverbände usw. gibt es viele Forderungen, Vorschläge und Ideen, die alle auf den notwendigen gesellschaftlichen Umbau der westdeutschen Bundesrepublik hinzielen. Sie berücksichtigen den gegenwärtigen Stand der Entwicklung in Westdeutschland.

Im folgenden sind die wichtigsten dieser Forderungen, Vorschläge und Ideen zusammengefaßt, die in den Beschlüssen der Ostermarschbewegung der Atomgegner, den Beschlüssen der Gewerkschaftsorganisationen und der sozialistischen Organisationen, der Kreise der Intelligenz und der Beschlüsse von Bauernorganisationen enthalten sind. Natürlich wird hier nicht Anspruch auf Vollständigkeit, auf ein völlig abgerundetes Bild der notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltung erhoben. Es kann sich hier nur um eine skizzenhafte Zusammenstellung wichtiger Ausschnitte handeln, die aber — insgesamt gesehen — doch Ziel und Weg deutlich erkennen lassen.

Es handelt sich um die Durchführung der elementarsten Forderungen der Menschlichkeit und der Sicherung des Friedens. Die Bewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt, die sich in Westdeutschland entwickelt, basiert auf den elementarsten allgemein demokratischen Forderungen. Fortschrittliche Bundestagsabgeordnete fordern eine **Reform des Parlaments**, durch die die vollen Rechte der Abgeordneten wieder hergestellt werden. Diese fortschrittlichen Abgeordneten fordern das Recht der Kontrolle der Durchführung der Gesetze und die Rechenschaftslegung vor der Bevölkerung.

Im Brief an die sozialdemokratischen Genossen haben wir darauf hingewiesen, daß die Konzentration des Kapitals und die technische Revolution den **Kampf um die Mitbestimmung und das Recht der Kontrolle in der Wirtschaft und in den Betrieben** durch die Gewerkschaften gebieterisch fordern.

Zu Recht fordern gewichtige gesellschaftliche Kräfte vor allem eine **Veränderung der Machtverhältnisse in der westdeutschen Großindustrie**. Das ist schon deshalb notwendig, um dauerhafte Grundlagen der Existenz der

Werktaaligen und ihrer künftigen Politik zu schaffen.

Kürzlich hat der sozialdemokratische Wissenschaftler Vilmar nachgewiesen, daß bei dem jetzt erreichten hohen Stand der Konzentration des Kapitals und der Produktion die Rüstungswirtschaft ein wesentliches und tragendes Element des Spätkapitalismus ist, das die Basis der ökonomischen und politischen Existenz der herrschenden Kreise sichert und zugleich ihr politisches Handeln bestimmt. Vilmar weist nach — dafür erntete er natürlich scharfe Angriffe der Konzerne und ihrer Presse —, daß die Mitbestimmung der Werktaaligen in der Wirtschaft, die demokratische Kontrolle der Großunternehmen und die **volkswirtschaftliche Programmierung** sich zwingend aus den politischen und ökonomischen Interessen des arbeitenden Volkes ergeben.

Von besonderer Bedeutung ist, die **Zeitungskonzerne wie den Springer-Konzern u. a. unter Kontrolle zu nehmen** und damit der Hetze des kalten Krieges und der Kriegshetze einen Riegel vorzuschieben.

Auch eine **demokratische Landreform**, die das bäuerliche Eigentum sichert, ist zeitgemäß. Selbstverständlich geht es bei einer solchen Landreform nicht um Übertragung der Maßnahmen, die in der DDR notwendig waren und sich hier bewährt haben. In Westdeutschland haben sich unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus andere Bedingungen entwickelt. Über die gegenseitige Bauernhilfe, die gemeinschaftliche und genossenschaftliche Arbeit, suchen die werktaaligen Bauern in Westdeutschland immer mehr nach Wegen, um sich — soweit es unter kapitalistischen Bedingungen überhaupt möglich ist — die Vorzüge des Landwirtschaftsbetriebes nützlich zu machen.

Durch Zurückdrängung des Einflusses der großen Banken und Konzerne wäre es sofort möglich, die **Raiffeisen-Genossenschaften wieder zu demokratischen Organen der Bauern zu machen**. Sie würden bei der Entwicklung der gegenseitigen Hilfe und der gemeinschaftlichen Arbeit, beim Ein- und Verkauf und der Ver-

arbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse eine große Rolle spielen.

In Westdeutschland spielen die Pachtländer eine große Rolle. Alle Bauern, die vom Staat oder von Großgrundbesitzern Land gepachtet haben, könnten dieses, wenn sie es wünschen, weiter bewirtschaften. Wucherpachten würden sofort auf einen Normalsatz gesenkt. Aus dem Bodenfonds sollte auch interessierten Landarbeitern, landarmen Bauern und vor allem bäuerlichen Gemeinschaften Boden zur Verfügung gestellt werden. Pachtgelder für Land aus dem Großgrundbesitz könnten zur Finanzierung bäuerlicher Gemeinschaften, zum gemeinschaftlichen Kauf von Großmaschinen, zur Errichtung von genossenschaftlichen Bauten usw. verwendet werden. Selbstverständlich würden Pachtvereinbarungen zwischen den bäuerlichen Betrieben von diesen Maßnahmen unberührt bleiben.

Wir fragen die westdeutsche Bevölkerung: Ist es nicht höchste Zeit, auch in Westdeutschland die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen? Es genügt nicht, darüber zu reden, sondern man muß mit Hilfe der Gewerkschaften durchsetzen, daß gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer gezahlt wird, und erreichen, daß die Frauen gleichberechtigt leitende Funktionen im Staat, in der Wirtschaft und im Bildungswesen erhalten. Das erfordert selbstverständlich besondere Maßnahmen zur Förderung der Frau und zur Unterstützung ihres gesellschaftlichen Aufstiegs.

Die Jugend fordert mit Recht die Gewährleistung der Grundrechte der jungen Generation. Das ist das Recht auf Erlernung eines Berufes, das Recht auf Bildung; das gleiche Recht für die Jugend der Arbeiterklasse für den Besuch von Hochschulen und die materielle Sicherung des Studiums. Ein Gesetz zum Schutz der werktätigen Jugend ist dringend notwendig. Die Gewerkschaften haben dazu viele gute Vorschläge gemacht. Aber die Durchführung läßt noch immer auf sich warten.

Eine der wichtigsten Maßnahmen der demokratischen Kräfte in Westdeutschland wäre die Säuberung des

Staatsapparates, der Polizei, der Justiz und insbesondere der Armee von den militaristischen, revanchistischen und ultrareaktionären Kräften, die in der Vergangenheit schwere Schuld auf sich geladen haben und auch heute wieder brutal die Interessen und die Machtansprüche der großen Monopole vertreten und deren aggressive, volksfeindliche Politik durchsetzen. Dabei geht es nicht um eine Neuauflage der Entnazifizierungs-Komödie, die die Kleinen prügelte und die Großen ungeschoren laufen ließ.

Solange Kriegs- und Naziverbrecher und ihre Gesinnungsgenossen an den Schaltstellen der Macht sitzen, ist keine Demokratie möglich. Der verhängnisvollen Entwicklung, in der durch Mißbrauch des Rechts die Verfassung systematisch ausgehöhlt wird, die Gesinnungsjustiz wütet kann, Notstandsdiktatur Schritt um Schritt vorbereitet wird, muß endgültig Einhalt geboten werden.

Die verfassungsmäßigen Grundrechte der Bürger sind wiederherzustellen. In den Parlamenten sowie in allen Exekutivorganen und anderen staatlichen Verwaltungsstellen sollen solche Bürger entscheidenden Einfluß auf die staatliche Leitung nehmen, die entschieden für diese elementaren Volksrechte eintreten, die sich ehrlich für Frieden, Abrüstung und Verständigung einsetzen.

Korrekt arbeitende Beamte werden ihre Tätigkeit weiter ausüben, und ihre Versorgungsansprüche werden gewahrt. Es werden aber vor allem jene Kräfte des werktätigen Volkes wichtige Funktionen einnehmen müssen, die bislang im Bonner Staat von der Mitbestimmung weitgehend ausgeschaltet sind: die Arbeiter, die Bauern, die fortschrittliche Intelligenz und demokratisch gesinnte Kräfte des Bürgertums. Dabei wird in besonderem Maße auch auf die vielfach hervorragenden sozialdemokratischen Fachkräfte in Gemeinden und Ländern zurückgegriffen werden können. Alle in dieser Hinsicht vorhandenen guten Traditionen in der Geschichte unseres Volkes, besonders in der Geschichte der Arbeiterbewegung, sollten wieder lebendig werden.

Von den westdeutschen Ländern und Kommunen könnte die Last der staatsmonopolistischen Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Aufrüstung und der Profite der Monopole genommen werden. Der Anteil der Länder und Kommunen am Steueraufkommen ließe sich wesentlich erhöhen. Die Länder und vor allem die Gemeinden könnten so in die Lage versetzt werden, jene staatlichen Aufgaben zu erfüllen, die im Interesse der Werkätigen liegen. Das Schulwesen, der Straßen- und Brückenbau, das Gesundheitswesen sowie die vielfältigen kommunalen Anstalten und Einrichtungen könnten finanziell ausreichend gefördert werden. So könnten für den Preis allein eines Zerstörers mit Raketenwaffen 3000 Wohnungen errichtet werden. Eine Summe von 360 Millionen Mark, wie sie Bonn in ein paar Tagen für die Rüstung verschleudert, würde genügen, um in ländlichen Gebieten 260 Zentralschulen zu bauen.

Dringend notwendig ist es, das Bildungswesen zu demokratisieren und zu modernisieren, das Recht auf Bildung für alle durchzusetzen und das gesamte Unterrichtsmaterial vom Ungeist des Militarismus, der Revanchepolitik und der Kriegspropaganda zu reinigen. Es gilt, ein Bildungswesen zu schaffen, das allen Kindern das Recht auf Bildung garantiert und ihnen — unabhängig von der sozialen Stellung der Eltern — eine Allgemeinbildung vermittelt, das das Niveau der heutigen Achtklassenschule bei weitem überschreitet (obligatorische Neun- oder Zehnklassenschule). Es hat zu

sichern, daß die Kinder im Geiste des Humanismus, der Demokratie, des Friedens und der Völkerverständigung erzogen werden. Notwendig sind ferner eine moderne, der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution entsprechende Berufsausbildung, vielseitige Möglichkeiten zum Erwerb der Hochschulreife und zum Besuch der Hochschulen und Universitäten, unabhängig von der sozialen Stellung der Familie.

Ein solches Bildungssystem entspricht dem Aktionsprogramm des DGB, den Forderungen der 7. Jugendkonferenz der IG Metall auf ihrer Tagung im Mai des vergangenen Jahres, den Forderungen der fortschrittlichen Studentenorganisationen und auch den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD.

Auf dem Gebiet der Kultur und der Kunst geht es darum, die **demokratischen Forderungen der Geistes- und Kulturschaffenden** durchzusetzen und den Einfluß der Kräfte zurückzudrängen, die dem westdeutschen Geistesleben heute ihren reaktionären Stempel aufzudrücken suchen.

Wir haben große Hochachtung vor den humanistischen Wissenschaftlern und Künstlern der Bundesrepublik, die unter für sie komplizierten Bedingungen ihre Stimme für Entspannung und Frieden in Deutschland erheben, die mutig gegen Aufrüstung und atomare Bewaffnung der Bundeswehr, gegen Notstandsgesetzgebung und andere Methoden der Kriegsvorbereitung auftreten und den Krieg der USA in Vietnam als das bezeichnen, was er ist: ein schmutziges Verbrechen.

Beziehungen zwischen Staat und Kirche

In Westdeutschland wächst die Erkenntnis, daß auch hier die Beziehungen zwischen Staat und Kirche auf demokratische Weise geregelt werden sollten. Das heißt auf der Grundlage der Glaubensfreiheit für alle Bürger, der Toleranz und des Schutzes der ungestörten Religionsausübung, wie das in den modernen Staaten Europas der Fall ist.

Eine solche Regelung schließt den imperialistischen Mißbrauch der Kirche für fremde, den Aufgaben der

Kirche wie auch dem religiösen Anliegen und der Friedensliebe gläubiger Bürger widersprechende Interessen aus. Die Kirchen und die Christen brauchen zum Beispiel keinen Militärseelsorgevertrag, der sie an die Seitenfascistischer Generale führt, sondern sie brauchen die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens zur Sicherung des Friedens.

Während des II. Vatikanischen Konzils erklärte das Oberhaupt der katholischen Kirche die Vernunft, die Ver-

handlungs- und Verständigungsbereitschaft, Vertrauen und Verträge zu Grundsätzen für die Regelung der Beziehungen zwischen den Völkern. Und in seiner Rede an die Vollversammlung der UNO verkündete Papst Paul VI. unter anderem:

„Der Vielheit von Staaten, die einander nicht mehr ignorieren können, schlagen Sie eine äußerst einfache und fruchtbare Art der Koexistenz vor, nämlich: Sie anerkennen und unterscheiden einander.“

Ähnliche Erklärungen wurden auch von seiten ökumenischer Gremien der protestantischen und orthodoxen Kirchen bekannt. Die Verwirklichung solcher Grundsätze und ihre Beachtung durch die Kirchenleitungen in beiden deutschen Staaten könnten sich zweifellos positiv auf die Normalisierung ihrer Beziehungen auswirken. Das liegt auch im wohlverstandenen Interesse der Kirchen. Denn dann und nur dann sind auch normale Beziehungen zwischen den Kirchen in beiden deutschen Staaten gewährleistet.

Bei der Entwicklung vertrauensvoller, vom Geiste gegenseitiger Achtung getragener Beziehungen zwischen den Staatsorganen und den Repräsentanten der Kirchen sollten jene guten Erfahrungen nutzbar gemacht werden, die Amtsträger der Kirchen in beiden deutschen Staaten bei ihrem Eintreten für Frieden und Verständigung wäh-

Westberlin und die deutsche Konföderation

Gelegentlich taucht die Frage auf, welche Stellung Westberlin im Rahmen einer deutschen Konföderation einnehmen und wie es dann mit den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westberlin bestellt sein wird.

Ich möchte da zunächst feststellen, daß Westberlin, das auf dem Territorium der DDR liegt, nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört und auch niemals zu ihr gehören wird. Andererseits zweifle ich nicht daran, daß auch Westberlin Teil der deutschen Konföderation sein wird. Die Stellung Westberlins und seine Stellung zur DDR innerhalb einer Konföderation werden weitgehend von dem Verhalten der Westberliner und

rend der vergangenen zwei Jahrzehnte in ihrer Zusammenarbeit mit den Organen sozialistischer und antiimperialistischer Staaten sammeln konnten. Amtsträger der Kirchen, die sich in den vergangenen Jahren als Patrioten für die friedliche Lösung der nationalen Frage einsetzten, werden heute und in Zukunft Würdigung und Anerkennung erfahren.

Worum geht es also?

Es geht also darum, von der Herrschaft der Millionäre über die Millionen zu einer Ordnung zu kommen, in der die Grundrechte der Menschen eine feste materielle ökonomische und politische Basis haben.

Es geht darum, die nur scheinbare Demokratie, in der die Wähler alle vier Jahre zwar ihre Stimme abgeben dürfen, in der sie aber tatsächlich nichts zu bestimmen haben, in eine echte Demokratie zu wandeln, in der die Bürger ihr gesellschaftliches Leben aktiv gestalten, in der sie aktiv ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Das wird die Demokratie sein, die in Westdeutschland notwendig ist, damit der Weg des Friedens und der Verständigung der beiden deutschen Staaten, der Weg zum Vaterland der Deutschen eingeschlagen werden kann.

Das wäre auch die richtige Art, den ersten konkreten Schritt zu diesem Ziel, die deutsche Konföderation vorzubereiten!

Insbesondere des Westberliner Senats bis zu diesem Zeitpunkt abhängen.

Die Fortführung einer Frontstadtpolitik, von der aus der kalte Krieg gegen die DDR geführt wird, würde sicherlich nicht gerade dazu beitragen, die künftige Stellung Westberlins in einer deutschen Konföderation zu stärken. Und jeder Versuch, durch Provokationen dieser oder jener Art Komplikationen herbeizuführen, müßte den Westberlinern teuer zu stehen kommen.

Deshalb wäre es wohl am vernünftigsten und für die Westberliner am bekömmlichsten, wenn sich Westberlin nicht von den Bonner Revanchepolitikern zu irgendwelchen Abenteuern

verleiten ließe. Die Westberliner sollten mit dem Status quo sehr zufrieden sein. Bei der Bildung einer deutschen Konföderation und dem Abschluß eines deutschen Friedensvertrages wird sich dann alles, was gegenwärtig viele Westberliner drückt, in vernünftiger Weise regeln lassen.

Den Westberlinern wie auch den Westdeutschen möchte ich sagen: Alle Maßnahmen, die zur Sicherung der DDR, ihres friedlichen Lebens und Aufbaus notwendig sind, werden

durchgeführt. Daran gibt es nichts zu rütteln. Wenn aber erst einmal eine deutsche Konföderation besteht, wenn Westdeutschland den Weg der Revanchepolitik und Aufrüstung, sein Streben nach Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen endgültig verworfen haben wird, dann werden wir auf manche Maßnahmen verzichten können, die heute nicht nur im Interesse des Volkes der DDR, sondern der Bevölkerung auch Westdeutschlands und Westberlins notwendig sind.

Über die Möglichkeiten der konföderierten deutschen Staaten in der Übergangszeit bis zur Vereinigung

Für die lebenswichtigen nationalen und politischen Fragen muß eine friedliche Lösung gefunden und durchgesetzt werden, und die beiden deutschen Staaten müssen sich annähern und verständigen. Dann wären Grundlagen gegeben, um jene Ideen ins Leben umzusetzen, die sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Deutschen im letzten Drittel unseres Jahrhunderts befassen.

Wir Marxisten-Leninisten sehen es als unsere Pflicht an, diese Rangfolge der Maßnahmen unmissverständlich darzulegen. Wir wollen nicht die Illusion aufkommen lassen, das Volk Westdeutschlands könnte die großen Probleme des Sozial- und Bildungswesens, der Kultur und der humanistischen Wissenschaften lösen, solange dort die reaktionären Kräfte herrschen. Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, wenn sozialdemokratische Führer Visionen der technischen Entwicklung vortragen und zugleich den brennenden sozialen und politischen Fragen ausweichen.

Obwohl mit der Konföderation der beiden deutschen Staaten die nationale Frage noch nicht vollständig gelöst sein wird, werden damit doch wichtige demokratische Grundlagen geschaffen, die es den Deutschen besser als bisher gestatten, in der Welt als Kraft des Friedens und des Fortschritts eine bedeutende Rolle zu spielen.

Wir sprechen es offen aus, daß in der Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution die gesellschaftliche Umwandlung im Sinne der

neuen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ein unabwendbares Gebot der Zeit ist. Das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten in der Zeit der Konföderation ist ein Kampf um die schöpferische Entwicklung der Demokratie im Staat, in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Kultur.

Es sollte selbstverständlich sein, daß in der Zeit der Konföderation jede Hetze des kalten Krieges und jede Kriegspropaganda unterbleiben. Die Freiheit der Meinung und der Weltanschauung ist nur dann gesichert, wenn das Volk sich selbst vom Druck kriegslüsterner Kräfte befreit. Deshalb ist es notwendig, die Macht der Herren solcher Meinungsmonopole, wie des Springer-Konzerns, zu beseitigen. Solange der Springer-Konzern und ähnliche Meinungsfabriken herrschen, kann von Freiheit der Meinungsbildung keine Rede sein.

Das Interesse der demokratischen Entwicklung macht es notwendig, in der Zeit der Konföderation die großen Konzerne in Gemeineigentum überzuführen, wobei die Aktienbesitzer entschädigt werden sollen. Die Beteiligung der Kleinaktionäre soll im vollen Umfang gesichert werden.

Wir sind sicher, daß unser Volk die Taten aller derjenigen, darunter auch der Angehörigen der kapitalistischen Klasse, hoch anerkennen wird, die sich um die Nation Verdienste erworben haben, die sich für eine Verständigung und eine friedliche und demokratische

Entwicklung in Deutschland eingesetzt haben und einsetzen.

Alle diejenigen Manager, Direktoren, leitenden Wissenschaftler und Techniker, die dem Volk und seiner demokratischen Ordnung verbunden sind, würden gewiß einen wichtigen Platz in der Gesellschaft einnehmen, auf dem sie alle ihre Fähigkeiten und Talente zum Wohle des Ganzen einsetzen können, wobei sie für ihre Leistungen angemessene Entlohnung erhalten.

Auch die Angehörigen der freien Berufe, die Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller, Künstler usw., werden unter der neuen Ordnung neue starke Impulse für ein schöpferisches Wirken im Geiste des Humanismus erfahren.

An Stelle der Diktatur der Großbanken, die im Wirtschaftsgeschehen den kleineren und mittleren Unternehmern ihren Willen aufzwingt und sie abhängig macht, die die sogenannte freie Marktwirtschaft nach ihren Profitinteressen manipuliert, werden sich **moderne Verfahren der volkswirtschaftlichen Programmierung als nützlich erweisen, die Vollbeschäftigung, Stabilität der Währung und sozialen Fortschritt** sichern helfen.

Die gesellschaftliche Entwicklung würde auch in Westdeutschland den Weg für eine **Agrarpolitik** frei machen, die von den Interessen der Bauern ausgeht. In Westdeutschland gehört dem monopolkapitalistischen Staat, den Feudalherren, dem Finanzkapital, dem privaten Großgrundbesitz, den Banken, Versicherungsanstalten und sonstigen kapitalistischen Gesellschaften — das sind 1,4 Prozent aller Eigentümer — ein Drittel des gesamten Grundbesitzes. Die bäuerlichen Betriebe bis 20 Hektar hingegen, das sind rund 88 Prozent aller Eigentümer, müssen mit 37 Prozent des Grundbesitzes vorliebnehmen. Es ist offensichtlich, daß eine **Landreform in Westdeutschland** notwendig ist.

Der Grund und Boden der Feudalherren, der Konzerne, Banken und Versicherungsgesellschaften sollte denen zur genossenschaftlichen Nutzung übergeben werden, die ihn auch heute schon bebauen. Der Staat leistet Ihnen bei diesem Übergang die erforderliche materielle und sonstige Hilfe.

Falls das Volk einverstanden ist, könnten die Feudalherren, die ihren Grund und Boden auf jeden Fall verlieren, eine Anzahl Schlösser und Burgen behalten und sich hier mit Gespensterhochzeiten „regierender Fürstenhäuser“ und ähnlichen Belustigungen vergnügen, solange ihr Bankkonto das verträgt. Entschädigungen für privaten Großgrundbesitz könnten aus eingesparten Rüstungsgeldern gewährt werden. Natürlich würde es kein Bauer verstehen, wenn auch diejenigen Großgrundbesitzer entschädigt werden würden, die als Kriegsverbrecher bekannt sind.

Private Großgrundbesitzer, die sich nach 1945 um die deutsche Nation, um die Sicherung des Friedens, die Annäherung und Verständigung der Deutschen und die Wiedervereinigung besonders verdient gemacht haben, sollten, wenn sie es wünschen, Grundbesitz bis zu 150 Hektar behalten dürfen. Darüber hinaus würden sie unter der neuen Ordnung entsprechend ihren Fähigkeiten Funktionen ausüben können, die ihren Erfahrungen bei der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Großbetrieben entsprechen.

Eine solche demokratische Landreform würde auch den Weg frei machen für ein großzügiges Programm zur **Verbesserung des Schulwesens auf dem Dorf, zur Gleichstellung der Dorfschule mit der Stadtschule, für Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit an Landwirtschaftsschulen und ausreichende Stipendien an landwirtschaftlichen Hochschulen.**

Vieles ließe sich sofort tun, um über gemeinschaftliche Einrichtungen auch der Bäuerin die Arbeit zu erleichtern.

Die fortschrittlichen Traditionen der Außenpolitik, der konsequenten Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik werden der deutschen Konföderation und ihrer Wirkung nach außen zugute kommen.

Den ökonomischen Potenzen nach wären die beiden konföderierten deutschen Staaten zusammengenommen mit Abstand die dritte Wirtschaftsmacht der Welt. Sie würde über ein beträchtliches industrielles, landwirtschaftliches und wissenschaftliches

Potential verfügen. Der Politik des Friedens und der Abrüstung verpflichtet, würden die beiden Mitgliedstaaten der deutschen Konföderation ihren Bürgern eine gesicherte Existenz in Wohlstand bieten können, die auf der Gewißheit beruht, daß von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehen wird.

Uns schwebt allerdings vom künftigen Leben der Deutschen ein anderes Bild vor als das, auf welches die gegenwärtigen Machthaber in Bonn die Masse unserer Zeitgenossen in Westdeutschland festzulegen trachten. Spießbürgerliche Sattheit, dümmlicher Wettkauf um Prestigekonsum und Gelungsdunkel sowie staatsbürgerliche Passivität, gepaart mit nationalistischer Überheblichkeit und politischer Unwissenheit, gehören nicht zu unseren Vorstellungen. Das lehnen wir ab, das kommt für uns nicht in Frage. Wir glauben vielmehr, daß es darauf ankommt, und dann auch möglich sein wird, weit mehr zu tun als die materiellen Bedürfnisse aller Bürger, auch derer, die nicht aus eigener Kraft voll für sich sorgen können, gut zu betriedigen. Wenn die Werktaätigen und ihre Bundesgenossen erst an der Macht sind, werden viel mehr Mittel, Kraft und Zeit darauf verwandt werden, allen Bürgern eine moderne Bildung zu vermitteln und ihnen die Schätze des Wissens, der Kultur und Kunst zu erschließen. Nicht beschränkt von privater Eigentums- und Machtkonzentration werden sich die Rechte und Freiheiten der Bürger voll entfalten.

In dem Maße, wie dann die Arbeitszeit weiter verkürzt werden kann, wird das aktive künstlerische Schaffen, die berufliche Fortbildung und die Aneignung des Wissens, für das man sich aus persönlicher Neigung interessiert, am persönlichen Leben einen immer größeren Anteil haben. Aber auch die Teilnahme der Bürger am öffentlichen Leben wird zunehmen. Sie werden ihre politischen und sonstigen gesellschaftlichen Probleme in den Gemeinden und Städten immer selbstständiger erörtern, entscheiden und lösen. **Demokratische Aktivität und staatsbürgerliche Verantwortlichkeit werden echte Tugenden der Deutschen werden.**

Die beiden konföderierten deutschen Staaten werden ihre große ökonomische Kraft in die Waagschale werfen, um friedliche Leistungen auf dem Gebiet der Forschung und Technik, der Kunst und der Wohlfahrt, einer vorbildlichen inneren Ordnung im Dienste am Menschen und an der Menschheit zu vollbringen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden konföderierten deutschen Staaten werden beträchtlich intensiviert und auf ein Niveau gestellt werden, das den Erfordernissen der technischen Revolution entspricht. Mit der Praxis verbundene westdeutsche Wirtschaftskreise heben jetzt schon hervor, daß in sechs bis acht Jahren ein ganz beträchtlicher Teil des Handels zwischen den beiden Staaten sich im Bereich des Anlagengeschäftes vollziehen wird. Es liegt auf der Hand, daß die mit solchen Geschäften verbundene enge wissenschaftlich-technische und ökonomische Zusammenarbeit die Entwicklung normaler staatlicher und sonstiger Beziehungen weiter günstig beeinflussen wird.

In der Konföderation kann die DDR der Bundesrepublik beträchtliche Hilfe leisten, um in den sozialistischen Staaten große neue Märkte für ihre Erzeugnisse, insbesondere für Industrieanlagen, zu erschließen. Die Industrie der konföderierten deutschen Staaten wird große Abschlüsse erzielen, die ihre Vollbeschäftigung auf lange Frist sicherstellen und die eine enge Kooperation zwischen Unternehmen in beiden deutschen Staaten anbieten. In diesem Sinne werden die konföderierten deutschen Staaten ein wichtiger Faktor der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung in ganz Europa werden.

Die konföderierten deutschen Staaten werden allen den Völkern in der Welt große materielle, geistige und organisatorische Hilfe leisten können, die den Weg des Aufbaus einer selbstständigen, souveränen nationalen Wirtschaft eingeschlagen haben. Das deutsche Volk kann dann wesentlich besser als bisher helfen, die Plage des Hungers von Millionen Menschen in asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern zu nehmen,

indem es ihnen Produktionsmittel liefert und andere Hilfe gewährt, die es den betroffenen Völkern gestattet, die eigene landwirtschaftliche Produktion schnell zu steigern.

Wichtige weitere Schritte können unternommen werden, um den Bürgern der beiden deutschen Staaten die Vorteile zugute kommen zu lassen, die sich aus der dem Konföderationsvertrag zugrunde liegenden Politik des Friedens ergeben. So dürfte den Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten beträchtlich erweitert und normalisiert werden. Auch die Sicherheitsvorkehrungen an den Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und Westberlin werden dann den Bedingungen des friedlichen Nebeneinanderbestehens angepaßt werden können.

Es ergibt sich weiter die große Chance, das einheitliche Bildungssystem zu vollenden und für die ganze Nation wirksam zu machen, dessen Grundstein wir gegenwärtig in der DDR legen. Es wird alle Voraussetzungen geben, um von diesem Fundament aus eine neue Blüte der Wissenschaften in Deutschland zu erreichen. Mit einem Teil der durch die Abrüstung frei werdenden Mittel werden Forschung und Lehre so gefördert werden, daß die deutsche Wissenschaft ihre Weltgeltung zurückerobern kann. Hochschulen und Universitäten werden so ausgebaut und modernisiert, daß die demokratische Forderung „Gleiche Chancen für alle begabten Jugendlichen, unabhängig von der sozialen Stellung ihrer Eltern“ in ganz Deutschland voll erfüllt werden kann.

Sozialordnung und öffentliche Einrichtungen könnten den Erfordernissen, die die kommenden Jahrzehnte stellen, entsprechend gestaltet werden.

Mit ganzer Kraft zu Frieden,

H eute vor 20 Jahren beim Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stand ein großes Ziel im Vordergrund: Es galt, die von der geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklung längst geforderte führende Rolle der deutschen Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft durch-

Anstatt die schöpferischen Kräfte auf den Bau komplizierter militärischer Systeme zu konzentrieren, die im Ernstfall zu massenhafter Vernichtung menschlichen Lebens und der Lebensgrundlagen führten, werden alle Mittel verfügbar sein, um im kombinierten Wirken der Mediziner, Biologen, Physiker, Kybernetiker, Techniker usw. einen großangelegten Kampf gegen den Krebs und andere Krankheiten zu führen, die die Menschheit heute bedrücken. Viel würde getan werden können, um die Arbeitsstätten, an denen die Werktätigen einen wesentlichen Teil ihres Lebens verbringen, nach den modernen Erkenntnissen der Arbeitshygiene zu gestalten.

Große Mittel werden frei, um eine moderne Struktur zu schaffen, um die Städte und Dörfer zu modernisieren, um die Wohnkultur zu heben, um ein modernes, den großen Belastungen gerecht werdendes Verkehrswesen auszubauen. Auch solche kostspieligen Vorhaben wie die Reinhal tung der Luft und der Wasserläufe in den Industriegebieten und die Bekämpfung des Lärms in den Betrieben und Verkehrscentren könnten dann erfolgreich verwirklicht werden.

Den älteren Menschen, die ein langes und erfülltes Arbeitsleben hinter sich haben, könnte ein beträchtlicher Teil dessen zurückgegeben werden, was sie in ihren Arbeitsjahren für die Gesellschaft geleistet haben. Alle modernen Möglichkeiten der Sozialpolitik, der Medizin und der Psychologie würden aufgeboten, um dem Lebensabend der Werktätigen einen guten Inhalt zu geben.

So wird aus der demokratischen Entwicklung der Konföderation die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands erwachsen.

Demokratie und Fortschritt

zusetzen, das zerstörte und aus tausend Wunden blutende Land aus der schwersten Katastrophe seiner Geschichte herauszuführen und das Schicksal des deutschen Volkes zum Guten zu wenden.

Heute, am 20. Jahrestag der Vereinigung der deutschen Arbeiterklasse, können wir mit Stolz feststellen: Wir

haben in dem Teil Deutschlands, für den wir die Verantwortung tragen, in der Deutschen Demokratischen Republik, die geschichtlichen und gesellschaftlichen Aufgaben in Ehren erfüllt.

Aber dennoch müssen wir uns an diesem 20. Jahrestag aus nationaler Verantwortung heraus und im Hinblick auf Westdeutschland wieder mit ganz ähnlichen Fragen beschäftigen, die damals vor zwei Jahrzehnten schon auf der Tagesordnung standen.

Und welcher Tag wäre besser geeignet als dieser, der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften in der westdeutschen Bundesrepublik ins Bewußtsein zu rufen, daß ohne eine große um die Arbeiterklasse gruppierte Bewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt in Westdeutschland die so notwendigen Veränderungen nicht

möglich sein werden. Ebenso wie ohne die Annäherung und Verständigung von SED und SPD über die Grundfragen der Zukunft der Nation, die Überwindung der Spaltung, die Vereinigung der deutschen Staaten zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland nicht Wirklichkeit werden kann.

Am 20. Jahrestag der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stehen wir erneut an der Schwelle entscheidender historischer Entwicklungen. Es geht um den zukünftigen Weg ganz Deutschlands. Es gilt für die deutsche Arbeiterklasse in Ost und West, ehrenvoll vor der Geschichte zu bestehen und das große Werk der nationalen Wiedergeburt zu einem glücklichen Ende zu bringen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird alle ihre Kräfte einsetzen, um dieses große soziale und nationale Ziel zu verwirklichen.

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Der Briefwechsel zwischen SED und SPD und die programmatische Rede „Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen“^{*)}

Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der 12. Tagung des ZK der SED am 28. April 1966 (leicht gekürzt)

In der Aussprache zwischen der SED und der SPD, die durch den „Offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland“ vom 7. Februar 1966 eingeleitet wurde, hat die erste Phase der Diskussion zum Beginn der Erörterung einiger grundsätzlicher Fragen geführt. Schon heute können wir sagen, daß die große Initiative, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in dem Bemühen entfaltet, eine Verständigung der Arbeit-

terklasse beider deutscher Staaten herbeizuführen, gereift ist.

Wenn auch der Parteivorstand der SPD die Absicht gehabt haben sollte, den Grundfragen möglichst aus dem Wege zu gehen und sich auf Fragen des Verkehrs, der menschlichen Erleichterungen usw. zu konzentrieren, so erwies sich schon in dieser ersten Phase der Diskussion, daß diese Absicht nicht gelingen kann. Die SPD-Führung hat inzwischen selbst einige grundsätzliche Fragen erörtert und sogar den Wunsch geäußert, über Programmfragen mit uns zu diskutieren.

Andererseits hat sie bis heute noch nicht jene entscheidenden Grundfragen beantwortet, die von uns in unserem ersten Brief gestellt worden waren.

^{*)} Die Redaktion von „Wissen und Tat“ weist alle Leser darauf hin, daß die vom 12. Plenum des ZK der SED beschlossene Stellungnahme zum Meinungsaustausch zwischen SED und SPD in einer Beilage der Juni-Ausgabe unseres Zentralorgans „Freies Volk“ abgedruckt ist.

Zur Lage der Nation

Wir haben inzwischen in einer kritischen **Bestandsaufnahme über die Lage der Nation** anlässlich des 20. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine wichtige Vorbereitung zur Klärung und friedlichen Lösung der deutschen Frage geleistet.

In der Neujahrsbotschaft des Staatsrates der DDR, in unserem Vorschlag an die Regierungen der europäischen Staaten über die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und in unserem Antrag auf Aufnahme der DDR in die Organisation der Vereinten Nationen haben wir **konstruktive Vorschläge zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa gemacht**. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik hingegen beharrt auf ihrer Revanchepolitik, ihren Ansprüchen auf die Gebiete von Nachbarstaaten und spekuliert hierbei auf die Hilfe der USA-Imperialisten.

Der Außenminister der Sowjetunion, Genosse Gromyko, hat dieser Tage auf einer Pressekonferenz in Rom eine gesamteuropäische Konferenz auf hoher Ebene zu Fragen der europäischen Sicherheit vorgeschlagen. Als Diskussionsthemen nannte er unter anderem die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa, den Abbau ausländischer Militärstützpunkte. Besonders hob er die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des deutschen Problems hervor. Diese Vorschläge des Genossen Gromyko entsprechen völlig unseren Gesichtspunkten.

Die westdeutsche CDU/CSU und die Bonner Regierung haben in der Forderung nach Mitverfügungsrecht über Atomwaffen, in ihrer atomaren Rüstung, in der aggressiven Vorwärtsstrategie, im Plan des verdeckten Krieges gegen die DDR und im „Grauen Plan“ des Mende-Ministeriums zur Ausplündерung der DDR ihre Konzeption entwickelt.

In der programmatischen Rede zum 20. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD in der heutigen DDR hatte ich die Westdeutschen aufgefordert, sie mögen „**endlich einsehen, daß 1945 ein endgültiger Schlussstrich unter eine ganze Epoche der deutschen Geschichte**

gezogen worden ist. Die heutigen Grenzen sind das Ergebnis der verbrecherischen Raubkriege der deutschen Imperialisten und ihrer ungeheuerlichen Schandtaten. Den Westdeutschen kann ich nur sagen: Es hilft euch gar nichts, wenn ihr euch zehnmal an die Rockschöße der USA hängt. Nichts werdet ihr erreichen! Vernünftiger wäre es, **endlich auch in Westdeutschland eine solche demokratische Umwälzung durchzuführen, welche den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten und Westberlins zu einer deutschen Konföderation möglich macht.** Wir haben nun die Sozialdemokratie gefragt: Wie steht die SPD politisch zu den Lebensfragen der Nation? Was für ein Deutschland hat die SPD im Sinn?

Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die DDR im Interesse ihrer Bürger und des ganzen deutschen Volkes unbeirrt den Weg des Sozialismus geht und das auch ohne die westdeutsche Bundesrepublik tun kann und tun wird.

Aber wir haben zugleich auf unserer Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der SED unsere Vorstellungen **über den Weg der beiden deutschen Staaten und über die Perspektive ihrer Zusammenarbeit in der deutschen Konföderation** entwickelt. Niemand kann sagen, wir spielten mit verdeckten Karten. Wir möchten diese unsere Vorstellungen in das offene Gespräch mit der westdeutschen Sozialdemokratie einbeziehen. **Wir haben den Weg gezeigt, der zum künftigen vereinigten Vaterland der Deutschen führt.**

Damit wird die Diskussion auf die grundsätzliche Höhe der Rolle der Verantwortung der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Kräfte der Geistesschaffenden, der Bauern und anderen Werktätigen gehoben. Es wird klargestellt, wie nicht nur die grundlegenden Beschlüsse des Potsdamer Abkommens, sondern auch die demokratische Neugestaltung in Westdeutschland verwirklicht werden können.

Wir sind zufrieden, daß nach so vielen Jahren des offiziellen Schweigens in den Beziehungen zwischen SED und SPD der offene Austausch von Mei-

nungen und Argumenten begonnen hat. Wir sind der Ansicht, daß diese beginnende offene Aussprache von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung in Deutschland werden kann. Wir betrachten die Diskussion mit der SPD nicht als eine Art Freistilringen im Schlammbad, bei dem jeder Griff erlaubt ist. **Wir führen die Diskussion mit der SPD sachlich und mit dem Ziel der Annäherung und Verständigung. Und dabei bleiben wir.**

Im Briefwechsel kommt natürlich zum Ausdruck, daß beide Parteien in sehr unterschiedlicher Lage sind. Unsere Auffassung ist: **Wenn die Arbeiterklasse Politik macht, dann stellt sie die Frage des Weges zur Gewinnung der politischen Macht.** Sie stellt die Frage: Welche Methoden der Einigung aller Kräfte und welche organisatorischen Aufgaben sind dabei zu lösen?

Über einige Minimalforderungen zur Sicherung des Friedens

Wir wünschen eine breite offene Aussprache über die Lebensfragen unserer Nation. Wir fordern von den westdeutschen Gesprächspartnern, die für uns keine Gesprächsgegner sind, nicht etwa eine Änderung ihrer Weltanschauung oder ihrer grundsätzlichen Auffassungen. Wir stellen in dieser Beziehung überhaupt keine Bedingungen.

Aber wir sagen offen, daß wir alle in die Entscheidung „Krieg oder Frieden“ eingreifen müssen. Was sind das für Forderungen und Aufgaben?

1. Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden größten deutschen Parteien, ihren Organisationen und ihren Mitgliedern sowie zwischen den gesellschaftlichen Organisationen der beiden deutschen Staaten.

2. Herbeiführung einer Übereinkunft, daß beide deutsche Staaten auf die Verfügung oder Mitverfügung über Kernwaffen in jeglicher Form verzichten.

3. Herbeiführung einer Übereinkunft, daß sich Vertreter der beiden Ar-

Nun ist es bekanntlich so, daß in der DDR die Werkätigen bereits die politische Macht in den Händen haben. Wohingegen in Westdeutschland die kapitalistische Klasse herrscht und die SPD seit der Gründung der westdeutschen Bundesrepublik von der Macht ausgeschlossen ist.

Wenn wir also die Aussprache mit der SPD führen, so nicht zuletzt zu dem Zweck, uns darüber zu verständigen, wie durch das Zusammenwirken in Westdeutschland die Werkätigen die politischen Machtpositionen in ihre Hände bekommen. Das ist auch deshalb notwendig, damit ein Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten möglich wird.

Für die westdeutschen Werkätigen gilt es zu erkennen:

Nur des Volkes Herrschaft schützt der Deutschen Gut und Blut!

beiterparteien gegen die Notstandsgesetze aussprechen. Denn die Notstandsgesetzgebung hat auch nach Ansicht verantwortungsbewußter westdeutscher Bürger die Niederhaltung der westdeutschen Werkätigen und die Vorbereitung des Krieges zum Ziel.

4. Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durch ordentliche Vereinbarungen der beiden Regierungen. Diese Normalisierung der Beziehungen ist im Interesse der Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten und der Bildung einer deutschen Konföderation notwendig, die den Weg zur Vereinigung bahnt.

5. Herbeiführung einer gemeinsamen Stellungnahme von SED und SPD zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit durch Vereinbarung des Verzichts zwischen allen europäischen Staaten auf Gewaltanwendung, durch Verzicht auf die Anwendung atomarer Waffen und Achtung der seit über 20 Jahren bestehenden Grenzen.

Über die Herausarbeitung eines Programms

Auf der Tagesordnung der offenen Aussprache zwischen der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften beider deutscher Staaten steht so-

dann die Herausarbeitung eines Programms der sozialen und nationalen Volksbewegung für Frieden, Demokratie und Fortschritt in ganz Deutschland.

Der Parteivorstand der SPD hat in seiner zweiten „Offenen Antwort“ das sozialdemokratische „Godesberger Programm“ allen Organisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Studium empfohlen.

Wir sehen zwar das Problem gar nicht so sehr im Inhalt des Godesberger Programms der SPD als vielmehr in der Tatsache, daß in Westdeutschland eine Entwicklung vor sich geht, die sogar zu diesem Programm in krassem Widerspruch steht. Im Godesberger Programm steht zum Beispiel nichts drin, was die Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung oder zum Streben der Bonner Regierung nach atomarer Mitbestimmung oder eine Begünstigung des schmutzigen Krieges der USA gegen das vietnamesische Volk oder die Anpassung an die formierte Gesellschaft der CDU und der

Notwendig ist ein humanitäres

Wir begrüßen jedoch diesen Vorschlag des SPD-Parteivorstandes, eine programmatische Diskussion durchzuführen und möchten ihn zu der Absprache zwischen unseren beiden Parteien erweitern, neben dem Godesberger Programm der SPD das Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die programmatische Festansprache zum 20. Jahrestag

Welche Gründe veranlaßten

Manche Westdeutsche möchten wissen, weshalb wir gerade jetzt die Initiative zu dem Dialog mit der westdeutschen Sozialdemokratie ergriffen haben. Sie fragen, wie es zu erklären ist, daß die Auseinandersetzung in Gang kam und ein so großes Echo bei den Werktäglichen auch der westdeutschen Bundesrepublik findet.

Wir ließen uns von folgenden Erwägungen leiten:

Die geschichtlichen Erfahrungen des deutschen Volkes lehren uns, daß rechtzeitig die in Westdeutschland herauftreffenden Gefahren für unser Volk gebannt werden müssen. Die langjährigen Vorbereitungen der langen blutigen Nacht der Nazidiktatur durch die Nazi-partei, durch die reaktionärsten und räuberischsten Kreise des Rüstungs-

Unternehmerverbände rechtfertigen könnte.

Wir halten es im Interesse der Sache für dringend erforderlich, daß der Parteivorstand der SPD darauf verzichtet, sich darüber auszuschweigen, was er über das künftige Deutschland denkt. Notwendig ist, endlich einmal konkret darzulegen, was für ein Deutschland der Parteivorstand der SPD eigentlich ansteuert. Ein Deutschland unter der Herrschaft der Multimillionäre und des Besitzbürgertums? Oder aber ein Deutschland, in dem die Staatsmacht vom Volke ausgeht und von ihm auch ausgeübt wird, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, der Intelligenz und allen anderen werktätigen Menschen und in Zusammenarbeit mit demokratischen Kreisen des Bürgertums die Macht hat und ein Regime des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht?

Programm in Westdeutschland

der SED in die offene Diskussion zwischen SED und SPD einzubeziehen und zur Grundlage der Diskussion zu nehmen.

Im übrigen würden wir es begrüßen, wenn der SPD-Parteivorstand bei solchen oder auch anderen Vorschlägen an unsere Adresse von vornherein die ohnedies unvermeidliche Gegenseitigkeit im Auge behalten würde.

uns zum Brief an die SPD?

kapitals und durch die führenden Militärs sind eine ständige Mahnung für die deutsche Arbeiterklasse und unser Volk. Man muß der Faschisierung im Innern wie der Politik der Expansion und der Eroberung der Vorherrschaft in Europa schon in den Anfängen wehren. Deshalb müssen die Westdeutschen die Atomrüstung, die Notstandsverordnungen und den Abbau der Demokratie durch die formierte CDU-Führung verhindern.

Hinzu kommt:

Westdeutschland ist gegenwärtig das gefährlichste Kernwaffenarsenal in Europa. Und das ist ausgerechnet ein Staat, der selber Gebietsforderungen stellt, das Mitverfügungsrecht über Kernwaffen fordert und in seinem Generalstab die Pläne der militärischen

Aggression nach Osten ausgearbeitet hat.

Wir haben die Initiative zu dem Gespräch mit der SPD ergripen, um der westdeutschen Arbeiterklasse zu helfen, ihre große historische Verantwortung zu erkennen und in Westdeutschland die Rolle zu spielen, die ihr kommt.

Wir schätzen die Lage so ein, daß sich die SPD-Führung aus verschiedenen Gründen veranlaßt sah, entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten auf unsere Initiative zu antworten und den Austausch von Argumenten und Meinungen zu beginnen.

Unter den Mitgliedern und Freunden der westdeutschen Sozialdemokratie, unter den Gewerkschaftern und parteilosen Arbeitern gibt es eine große Unruhe. Zu ihr haben der Ausgang der Bundestagswahlen im Herbst 1965 ebenso beigetragen wie die Beschlüsse des Parteitages der CDU und die Regierungserklärung des Herrn Erhard über die formierte Gesellschaft und die Forderung an die Werktäglichen, maßzuhalten. Und viele Westdeutsche fürchten, in den Sog des Vietnam-Krieges der USA hineingezogen zu werden.

Die Proklamierung der „formierten Gesellschaft“, das bedeutet nicht nur den Abbau der Demokratie, sondern auch erhöhte Rüstungslasten, „Maßhalten“ und die kapitalistische Manipulation des Lebens des Volkes. An Stelle der Propaganda über das Wirtschaftswunder ist die Realität der Verschärfung der inneren Widersprüche zwischen den Interessen des Monopolkapitals und den Interessen der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Schichten getreten.

Es kommt hinzu, daß der Versuch, die SED von den sozialistischen Staaten zu isolieren, als endgültig gescheitert erkannt werden muß. So klammerte sich die SPD-Führung an die Hoffnung, vielleicht doch noch etwas durch Unterlaufen der DDR erreichen zu können. Es mag auch der Gedanke eine Rolle gespielt haben, sich dadurch die Eintrittskarte in eine große Koalition zu erwerben. Die Zeitung des Springer-Konzerns „Die Welt“ spricht das etwas deutlicher aus, indem sie er-

klärt, die SPD solle sich für die aggressive Politik des westdeutschen Imperialismus in die vorderste Front der Auseinandersetzungen begeben. Zumal die bisherige Politik der Eingliederung der DDR sich als gescheitert erwiesen hat. Nicht nur westdeutsche Politiker, sondern auch westdeutsche Besucher der DDR müssen das wachsende sozialistische Staatsbewußtsein der Bürger der DDR zugeben. Es lag also auf der Hand, nach neuen Methoden zu suchen.

Hauptgrund dürfte aber die wachsende Unruhe unter der westdeutschen Bevölkerung sein. In der Tat segelt die westdeutsche Bundesrepublik unter Führung der herrschenden imperialistischen Kräfte und ihrer CDU-Regierung immer erkennbarer den **Kurs auf eine neue Vorkriegszeit**.

Ein lebendiges Zeugnis für die tiefe Sorge, die die Entwicklung in Westdeutschland bei führenden Geistes-schaffenden ausgelöst hat, ist der **ergriffende Brief des 83 Jahre alten Naturwissenschaftlers und Nobelpreisträgers, Professor Max Born**, an den Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner. Max Born fordert die IG Metall auf, alles zu tun, um die Notstandsgesetzgebung in der westdeutschen Bundesrepublik zu verhindern. Er schreibt wörtlich:

„Ich finde es ganz unerträglich, die Bestimmungen (gemeint sind die Notstandsgesetze), die dieses Jahr in Kraft treten sollen, anzuerkennen und ihnen zu folgen.“ Und weiter heißt es in dem Brief: „Politisch gesehen, kann es kaum einen anderen Zweck haben, als die Volksmassen in die Hand zu bekommen, um eine militärische Diktatur und Krieg vorzubereiten ... Innenpolitisch gesehen, sind die Notstandsgesetze ein Mittel, die noch schwache und unsichere (west-)deutsche Demokratie zu zerstören. Sie zielen auf Wiedererrichtung eines Obrigkeitstaates und richten sich gegen die Ansätze bürgerlicher Verantwortlichkeit, die sich gebildet haben ... Heute sehe ich in der Notstandsgesetzgebung die Vorstufe zur letzten Katastrophe Deutschlands — und vielleicht der Menschheit überhaupt; denn alle Völker sind ja Schicksalsgenossen, die einen schuldig, die anderen weniger.“

Professor Born bedauert, 83 Jahre alt und krank zu sein, um etwas zu tun. Auch zum Wiederauswandern sei er zu alt und könnte es zudem seiner ebenfalls herzkranken Frau nicht zumuten. Er beruft sich auf die Erfahrungen seines langen Lebens, die auch bewiesen hätten, daß sein politisches Urteil nicht schlecht sei. Er habe die politische Entwicklung in den meisten Fällen richtig vorhergesehen. Er fleht die Gewerkschaften an, aktiv zu werden und dem Unheil Halt zu gebieten.

Der westdeutsche bürgerliche Philosoph **Karl Jaspers** hat die westdeutsche „Wohlstandsgesellschaft“ mit einem Buch aufgestört, von dem erst Aussüge bekannt sind. Es trägt den Titel

„Wohin treibt die Bundesrepublik?“

Was stellt der bürgerliche Philosoph Jaspers fest? Ich zitiere ihn: Die Demokratie der westdeutschen Bundesrepublik wandle sich vor unseren Augen. Es würden Wege beschritten, an deren Ende es weder eine Demokratie noch einen freien Bürger geben würde, vielleicht ohne daß die, die sie gehen, dieses Ende wollen ... In der Struktur der Bundesrepublik vollziehe sich ein Wandel von der Demokratie zur Parteienoligarchie, von der Parteienoligarchie zur Diktatur ... Die Bürger Westdeutschlands seien Untertanen, nicht Träger des Staates. Sie wählten alle vier Jahre eine ihnen vorgelegte Liste, aber wissen nicht einmal was ... **Die Verfasser des Grundgesetzes hätten offenbar vor dem Volke Furcht gehabt.** Denn dieses Gesetz schränke die Wirksamkeit des Volkes auf ein Minimum ein. Man könne kaum behaupten, daß in der Bundesrepublik eine politische Willensbildung des Volkes stattfindet. Die Unkenntnis der meisten sei erschreckend groß. Die Parteien informierten und unterrichteten das Volk nicht und erzögen es nicht zum Denken. Bei den Wahlen operierten sie nach Prinzipien der Reklame-technik. Ihre Handlungen bedenken die materiellen Interessen von Gruppen, deren Stimme sie erwerben möchten. Würde es in Westdeutschland zu einer großen Koalition kommen, also zu einer Regierung von CDU/CSU und SPD, so würde die westdeutsche Scheindemokratie vollends verschwin-

den in der autoritären Regierung der Parteienoligarchie. Sie bedeute Verachtung des Volkes. Sie neige dazu, dem Volk Informationen vorzuenthalten. Sie wolle es lieber dumm sein lassen. **Der nächste Schritt sei dann der zur Diktatur ... Rechtsansprüche der westdeutschen Bundesrepublik, die als Rechte von den fremden Staaten nicht anerkannt werden, und die behauptet, der Friede sei gefährdet, wenn diese Rechtsansprüche nicht erfüllt würden, gefährden die Sicherheit und werden selber zum Ursprung der Kriegsgefahr.** Die Unklarheit über die faktische Weltlage führt zu einer Politik, die die Unsicherheit steigert, indem behauptet wird, sie zu mindern.

Jaspers spricht davon, daß nur ein zur Freiheit drängendes, seiner darin selbstbewußtes Volk die Demokratie verwirklichen könne. Das ist richtig. Allerdings muß sich dieser Drang auf die entscheidende Freiheit, auf die **soziale Freiheit, die Freiheit von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen richten.** Dieses Freiwerden eines ganzen Volkes ist kein einfacher Prozeß, der allein vom richtigen Denken abhängt. Insbesondere dann nicht, wenn, wie in Deutschland, die faschistische Diktatur mit ihrer menschenfeindlichen Ideologie das Denken und Handeln von Millionen beeinflußte und vergiftete.

Wir betrachten es daher als einen der größten Erfolge, daß das Bewußtsein des Volkes in der DDR eine revolutionäre Wandlung durchmachte, eine Wandlung, die auf der Umwälzung der Daseinsbedingungen durch das Volk, auf der Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und der Ausbeutung beruht. Die Wahrheit verlangt zu sagen, daß dies kein von selbst verlaufender Prozeß war. Es war harte Arbeit und Mühe, die besonders die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse auf sich genommen hatte.

Diesen revolutionären geistigen Wandlungsprozeß können viele Westdeutsche, darunter auch Männer wie Jaspers, heute noch nicht begreifen. Es wird aber die Zeit kommen, da jeder unvoreingenommene Betrachter die Tatsache akzeptieren muß, daß die

DDR die Heimstatt der Demokratie, der Freiheit und des Humanismus in Deutschland ist.

Jaspers sagte an anderer Stelle: „Es geht ein tiefer Riß durch die Denkungsart des deutschen Volkes. Er war längst da, als er im ersten Weltkrieg so deutlich und erschreckend zum Ausdruck kam. In diesem Riß kann der Deutsche nur auf der einen Seite stehen, entweder auf der der politischen Freiheit oder auf der der unpolitischen Brutalität des sturen maßlosen Eigenwillens, unbereit zum Hören auf Gründe und zum Denken, verkleidet in vermeintliche „patriotische“ absolute Machthinteressen. Wer in diesem Entweder-Oder unklar bleibt, hier einen Kompromiß zu finden glaubt und nicht für den äußersten Fall auch zum Bürgerkrieg bereit ist, hat sich in der Tat schon der unpolitischen Gedankenlosigkeit der „Vaterlandspartei“ unterworfen, ohne es zu wissen und zu wollen.“

Es ist kein Zufall, daß gerade nach dem Parteitag der westdeutschen CDU, nach der Proklamierung der „formierten Gesellschaft“ in Westdeutschland bekannte Schriftsteller wie Enzensberger, Hochhuth und Weiss, dazu bedeutende Naturwissenschaftler und auch einige Philosophen gegen die Politik

der formierten Gesellschaft, gegen die Versklavung und völlige Manipulierung des Menschen auftraten.

Ich habe die Meinungen führender bürgerlicher Wissenschaftler aus Westdeutschland so ausführlich dargelegt, weil sie mir symptomatisch zu sein scheinen für die tiefen Sorgen, die in weiten Kreisen der westdeutschen Intelligenz um sich gegriffen hat. Im Sinne ihrer Erkenntnisse und Ideen entwickelt sich in Westdeutschland eine Bewegung in der Arbeiterschaft, in der Intelligenz und in der Bauernschaft. Davon zeugen zahlreiche Gespräche, Reden und Artikel. Die einen sprechen von der Mobilisierung der Demokratie, die anderen von der Notwendigkeit einer linksnationalen Partei, wieder andere verlangen, alle Kräfte zu einigen gegen die Unterstützung des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam, gegen das Streben nach Mitverfügung über Atomwaffen usw. Wo aber steht die einzige Kraft, die alle diese Strömungen zusammenzufassen vermag? Wo steht und was tut die westdeutsche Arbeiterklasse?

All das zeigt, wie notwendig die offene Aussprache zwischen SED und SPD, zwischen den beiden größten deutschen Parteien, hüben und drüber ist.

Die wachsenden Widersprüche des westdeutschen formierten staatsmonopolistischen Kapitalismus

Der Initiative des Zentralkomitees unserer Partei liegt eine wissenschaftliche Analyse der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zugrunde. Wir wenden dabei **Lenins theoretische Erkenntnis über das Wesen des Imperialismus** auf die heutige Lage in Deutschland an.

In den Ländern des kapitalistischen Systems hat sich der Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital weiter verschärft. Gerade durch die technische Revolution hat die Ausbeutung der Werktagen zugenommen. Die Kapitalmacht der großen Konzerne ist gewachsen. Ihr Drang nach ökonomischer und politischer Expansion ist noch stärker geworden.

Wenn wir das von Lenin entdeckte **Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung im Kapitalismus** der Analyse der

heutigen Lage zugrunde legen, so zeigt sich zunächst einmal, daß der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus die antagonistischen Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten keineswegs verringert hat. Die Widersprüche zwischen den USA und anderen imperialistischen Staaten, die zeitweilig infolge des ökonomischen Übergewichts des amerikanischen Imperialismus verdeckt waren, treten neuerdings wieder viel stärker in den Vordergrund.

Ein weiterer außerordentlich wichtiger Faktor, den es zu analysieren gilt, ist die **fortschreitende Militarisierung der Volkswirtschaft in den imperialistischen Staaten**. Es bestätigt sich, daß die Rüstungswirtschaft immer mehr zu einer tragenden Säule der gesamten kapitalistischen Systems und zu einer

Quelle riesiger Profite für die Rüstungskonzerne geworden ist.

Schließlich hat die wachsende politische, ökonomische und militärische Kraft der sozialistischen Staaten einen wesentlichen Einfluß auf das Entstehen und die Zunahme politischer Gegensätze zwischen imperialistischen Ländern ausgeübt.

Im Hinblick auf die Situation in Westdeutschland zeigt sich besonders deutlich die Richtigkeit der von der KPdSU auf ihrem XXIII. Parteitag getroffenen prinzipiellen Feststellungen über die Vertiefung der inneren antagonistischen Widersprüche des kapitalistischen Weltsystems.

Mir kommt es darauf an, die Faktoren zu zeigen, die darauf hindeuten, daß sich in letzter Zeit eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der westdeutschen Imperialisten vollzieht.

Wie bekannt, haben die deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg eine schwere Niederlage erlitten. Die Machthaber der anderen imperialistischen Staaten halfen ihnen jedoch, ihre Kräfte wiederzuerlangen, um auf deutschem Boden ein Bollwerk gegen die Bewegung für Frieden, Demokratie und Sozialismus zu errichten. Durch den Marshall-Plan und andere Hilfsmaßnahmen erlangten die westdeutschen Imperialisten über eine längere Zeit hinweg einen erheblichen Zuwachs an ökonomischer Kraft, den sie ausnutzten, um ihren politischen und ökonomischen Einfluß in der kapitalistischen Welt auszudehnen, auch gegenüber ihren einstigen imperialistischen Helfern.

Auf dieser Stufe verstießen sich die in ihrer Herrschaft auf Westdeutschland beschränkten Imperialisten darauf, das schon vorher ausgearbeitete Ziel ihrer aggressiven Politik durchzusetzen, nämlich die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren. Im Grunde genommen verfuhrn sie nach dem gleichen Rezept wie ihre imperialistischen Vorgänger nach der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg.

Jetzt stützen sie sich bei ihrem ganz ähnlichen Vorhaben auf engste Komplizenschaft mit den USA-Imperiali-

sten. Das ist natürlich auch ein Zeichen ihrer relativen Schwäche und Abhängigkeit. Denn damals glaubten sie noch aus eigener Kraft die Weltherrschaft erobern zu können. Heute müssen sie sich mit der Rolle eines von den USA abhängigen, nicht gleichberechtigten Partners zufriedengeben. Sie richten ihre Wunschräume — wie ein französischer General es unlängst ausgedrückt hat — nicht mehr auf das „heilige Reich deutscher Nation“, sondern auf das „heilige deutsch-amerikanische Reich“. Nach der Formel „ökonomisch sind wir Riesen, politisch sind wir Zwerge“ beanspruchen sie politischen Einfluß auch in anderen Bereichen und Gebieten der Welt, der ihrer ökonomischen Macht entspricht. Wobei sie mit der bei ihnen üblichen Überheblichkeit völlig überschreiten, daß sie im Weltmaßstab den Anscluß an die beiden wirklichen ökonomischen Riesen verloren haben und mit weitem Abstand von diesen eine Gruppe von Industriemächten ökonomisch anführen. Mit der Vorbereitung ihrer Notstandsdiktatur treffen die westdeutschen Imperialisten Maßnahmen, um zu gegebener Zeit die westdeutsche Arbeiterklasse und deren Organisationen gewaltsam politisch ausschalten zu können.

In den letzten Monaten sind nun einige Faktoren wirksam geworden, die eine innerimperialistische Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der westdeutschen Imperialisten verhinderten. Deren Kräfte stagnieren im wesentlichen. Ja, sie sind auch von einigen Rückschlägen nicht verschont geblieben. Das Tempo des ökonomischen Wachstums Westdeutschlands ist seit geraumer Zeit niedriger als das einiger anderer kapitalistischer Staaten. Experten nehmen an, daß 1966 das Wachstum des westdeutschen Sozialprodukts erstmalig hinter dem durchschnittlichen Wachstum der westeuropäischen Länder zurückbleiben wird.

Wichtige Probleme der volkswirtschaftlichen Struktur, vor allem die des Steinkohlenbergbaus, sind mit den Mitteln des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht gemeistert worden und schlügen in echte Strukturkrisen um. Von Teilkrisen wurden wichtige Zweige, darunter die Stahlindustrie

und zum Teil das Bauwesen, betroffen. In der Industrie steigt die Produktivität langsamer als in den vorangegangenen Zeiträumen. 1965 trat zum erstenmal seit vielen Jahren ein wesentliches Zahlungsbilanzdefizit auf, dessen Ausmaß lediglich durch beträchtliche Kapitalimporte gemildert wurde.

Der auch durch die Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses miteinfließende politische Gegensatz zwischen Frankreich und den USA hat die Position der westdeutschen Imperialisten objektiv erschwert. Während sich aber Frankreich unter Führung de Gaulles ökonomisch und politisch für stark genug hält, den Status der mit der Zugehörigkeit zum NATO-Militärsystem verbundenen Abhängigkeit von Washington zu beseitigen, verhält sich Bonn ganz anders.

In der für die deutschen Imperialisten typischen Unfähigkeit, die Lage real einzuschätzen, versuchen sie, den Konflikt de Gaulles mit Washington auszunutzen, um die Kommandoposition Frankreichs in der NATO zu übernehmen, durch einen zweiseitigen Militärpakt die Mitverfügung über Atomwaffen zu erlangen und auf diese Weise die Achse Washington—Bonn zu stabilisieren. Während Präsident de Gaulle die nationalen Interessen in den Fragen der Souveränität seines Landes wahrnimmt, ordnet Bonn die nationalen Interessen den USA-Interessen unter.

Der Widerspruch zwischen den Zielsetzungen der Bonner Machthaber in der internationalen und Deutschlandpolitik und ihren ökonomischen Potenzen wird immer offensichtlicher. Die ökonomischen Zugeständnisse an die USA und die EWG sowie die Ausgaben für neokolonialistische Vorhaben, mit denen die Zustimmung zur politischen Zielsetzung der Bonner Machthaber erkauft werden soll, gehen immer stärker zu Lasten der werktätigen Bevölkerung.

Auch im Innern Westdeutschlands macht sich — wenn auch vorerst noch langsam — eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zum Nachteil der Bonner Machthaber bemerkbar.

Es entfalten sich die antagonistischen Widersprüche zwischen den Monopolen und einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung. Die Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, repräsentiert von eineinhalb Dutzend führender Konzerne (z. B. IG Farben, Siemens, AEG, Thyssen, Flick, Krupp usw.) und den Spitzen des Bonner Staatsapparates, stößt auf immer entschiedeneren Widerstand derer, denen die Lasten dieser Politik aufgeburdet werden sollen. Nicht nur die Spitzen der staatlichen Ministerialbürokratie, auch die sogenannten demokratischen Parteien selbst werden Schritt für Schritt — zum Beispiel über die staatliche Parteienfinanzierung und über vorher abgestimmte Nominierung der Kandidaten — in den Dienst der Monopole genommen. Das Bonner Grundgesetz wirkt nur als dekoratives Element. Die Grundrechte der Staatsbürger werden immer mehr ihres realen Gehalts beraubt.

Die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten bekommen die von den Unternehmerverbänden gelehnte Politik des Staatsapparates immer deutlicher zu spüren. Die **Unterordnung der Volkswirtschaft unter die Militarisierung** betrifft nicht etwa nur die Rüstungsproduktion selbst. Auch die Ausgaben für die Wissenschaft, insbesondere für die Forschung, für die sogenannte Infrastruktur, besonders die Raumplanung und den Straßenbau, sind von militärischen Überlegungen mitbestimmt.

Die inflationäre Auswirkung der Rüstungspolitik, die in der schleichenden Preiserhöhung zum Ausdruck kommende Entwertung des Geldes, alarmiert einen immer größeren Teil der Bevölkerung. Sie beginnt, den Zusammenhang zwischen der aggressiven Politik und der Abwälzung der Rüstungskosten auf die Werktätigen besser zu begreifen. Fortschrittliche Kreise der westdeutschen Gewerkschaften stemmen sich der Politik der herrschenden Kräfte entgegen. Sie haben ihnen im Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung einige taktische Niederlagen beigebracht und bemühen sich jetzt, eine große Kampfaktion für die Mitbestimmung der Werktätigen in den Konzernen der Industrie durchzuführen.

Dieser Aktion widersetzen sich die zentral gelenkten Unternehmerverbände mit allen Mitteln. Sie führen ihren Kampf gegen die Mitbestimmung der Werktätigen unter der Losung, die Demokratisierung der Wirtschaft sei ebenso unsinnig, wie die Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser.

Der deutsche Imperialismus, die entscheidenden Kreise des Monopolkapitals und die formierte Führung der CDU/CSU sind das Haupthindernis der gesellschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland. Der Grundwiderspruch zwischen den Besitzern der Produktionsmittel, vor allem den Herren des Monopolkapitals und den von ihnen Ausgebeuteten, den Werktätigen, wird durch die technische Revolution zugespitzt. Nach der Statistik ist die Zahl der Arbeiter gewachsen. Die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebenden Personen machen 75 Prozent der Bevölkerung Westdeutschlands aus, während der Anteil der Bourgeoisie nur 5,1 Prozent beträgt und davon sind es nur ein Prozent, die den herrschenden Monopolgruppen angehören. Diese Polarisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution beschleunigt wurde, hat den Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften und die Nationalisierung der großen Monopole zu einem der aktuellsten Probleme gemacht. Die technische Revolution wirft vor den Arbeitern, den Angestellten und Wissenschaftlern die Kernfrage auf: **Wem nutzt die technische Revolution? Wer eignet sich die Früchte der Arbeit an?** Die offiziellen Statistiken beweisen, daß zwar der Reallohn der Arbeiter gehalten wird, sich sogar zeitweise verbessert, der Ausbeutungsgrad aber ungeheuer zunimmt. Während sich das Nationaleinkommen Westdeutschlands von 1953 bis 1963 etwa auf das Zweieinhalbache erhöhte, wuchs das amtlich angegebene Vermögen der Millionäre auf das Achtfache.

Wachsende Unzufriedenheit ruft das vollständige Gängeln der Menschen durch die kapitalistischen Meinungsfabriken hervor. Selbst die Freizeitbetätigung wird kapitalistisch ausge-

nutzt. Diese Meinungsfabriken drücken das Niveau des kulturellen Lebens durch Kitschromane, schlechte Unterhaltungsfilme und die Amerikanisierung des Unterhaltungsbetriebes herab.

Die uniformierte Gesellschaft, in der die Menschen immer mehr von den Einrichtungen der herrschenden kapitalistischen Kräfte manipuliert werden, hat begünstigende Formen angenommen. Wir stellen besonders an die Sozialdemokratie und an die Gewerkschaften die Frage: Was tun sie denn für die freie Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit und für die Entwicklung der Gemeinschaft der arbeitenden Menschen, gegen dieses kapitalistische Manipulieren der Menschen? Die humanistische Kultur der Deutschen zu bewahren und zu entwickeln, fordert **den entschiedenen Kampf gegen diese Amerikanisierung und kapitalistische Manipulierung der Menschen**. Das gehört auch zu der Programmdiskussion zwischen der SED und SPD.

Wir appellieren an die sitzlichen Kräfte der westdeutschen Bevölkerung, sich gegen die raffinierten Methoden der neuen Goebbels-Propaganda der „formierten Gesellschaft“ zu wehren. Sprechen wir es offen aus: Angesichts dieser Lage ist **die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit nur durch die Herstellung wirklicher demokratischer Freiheit in Westdeutschland möglich**. Das erfordert in allerster Linie die Beseitigung der Macht der kapitalistischen Meinungsfabriken.

Die gemeinsame Kampflosung heißt: **Humanismus gegen Imperialismus. Befreiung des Volkes aus der Zwangsjacke der formierten Hierarchie.**

Nur des Volkes Herrschaft schützt der Deutschen Gut und Blut!

Zu den ökonomischen Grundlagen der formierten Gesellschaft und ihren Widersprüchen möchte ich noch sagen:

Die westdeutschen Monopolherren nehmen an, daß ihnen in den letzten Jahren eine ökonomische Basis entstanden sei, über der als Überbau die sogenannte „formierte Gesellschaft“ als Diktatur der großen Monopole und

Ihrer Hitlergenerale errichtet werden könnte.

Tatsächlich ist es den großen Konzernen in der Periode der technischen Revolution gelungen, die Ausbeutung der Werkältigen ganz enorm zu steigern und Milliarden-Profite einzustreichen.

Teils unter politischem Druck, teils aus kalter Berechnung geben die Monopolherren einen Teil dieser Profite an die Arbeiter ab. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Kampfbedingungen der westdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften verhältnismäßig günstig sind. So wirken die Existenz und die Fortschritte der DDR darauf ein, diese Kampfbedingungen der westdeutschen Arbeiter besser zu gestalten.

Andererseits gehen die Monopolherren davon aus, daß es ihnen besser gelingen wird, ihren Machtaapparat auszubauen, fester zu verankern und ihre imperialistische Expansionspolitik durchzuführen, wenn sie eine Reihe wichtiger ökonomischer Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften erfüllen. Sie glauben, daß damit die soziale Grundlage für die formierte Gesellschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre imperialistische Revanchepolitik geschaffen werden könnte.

Die Hauptfunktion dieser formierten Gesellschaft besteht darin, die grundlegenden Klassengegensätze zwischen Arbeit und Kapital aus dem Bewußtsein der ausgebeuteten Werkältigen zu verdrängen, die tiefen antagonistischen Widersprüche dieser Ordnung zu verkleistern und die große Masse der Einwohner des Landes wie eine Herde Schafe so zu lenken, wie es die Interessen der Monopolherren erfordern. Die Monopolherren streben auf dieser ökonomischen Grundlage eine scheinbare Gemeinsamkeit zwischen ihrer kleinen Clique und der großen Masse der Ausgebeuteten an mit dem Ziel des Kampfes gegen Demokratie und gegen die DDR.

Durch Einflußnahme auf die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften wollen sie die Werkältigen und ihre Organisationen in bloße

Schachfiguren verwandeln, die allein nach dem Willen der Konzernherren bewegt werden.

Das große Vergehen der SPD-Führung besteht darin, daß sie sich nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse mit dieser formierten Gesellschaft auseinander setzt, sondern sich ihr anzupassen sucht. Mit der DDR im Rücken, ihrer Unterstützung gewiß, könnte sie gemeinsam mit dem DGB die Errichtung der formierten Gesellschaft, die mit der Militarisierung verbunden ist, verhindern und den Monopolherren viel größere Zugeständnisse abringen, könnte sie ihnen echte und schwere politische Niederlagen beibringen.

Der grundlegende Irrtum der Herren der Monopole besteht darin, daß sie annehmen, die antagonistischen Widersprüche, die zwangsläufig aus den Produktionsverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entspringen, würden die Stabilisierung einer solchen formierten Gesellschaft zulassen. Schon jetzt wehren sich die Arbeiter entschieden dagegen, daß ihnen die Lasten der Rüstung aufgebürdet werden. Mit einem weiteren Abflauen der Konjunktur würden die Gegensätze noch weiter zugespitzt und die ökonomischen Grundlagen der formierten Gesellschaft erschüttert. Der Irrtum besteht weiterhin darin, daß sie annehmen, die Arbeiterklasse Westdeutschlands würde sich über längere Zeit hinweg für ein Linsengericht der formierten Gesellschaft ihren historisch gewachsenen Anspruch auf die Führung der Gesellschaft im Zeitalter des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der technischen Revolution von den Monopolherren abkaufen lassen.

Es ist ein Gesetz der gesellschaftlichen Entwicklung, daß sich die Arbeiterklasse Westdeutschlands formieren wird, um die Fesseln dieser formierten Gesellschaft abzuschütteln.

In der technischen Revolution stellt die geschilderte Entwicklung die Westdeutschen vor die Entscheidung: Entweder übernimmt die Arbeiterklasse mit den Wissenschaftlern die Leitung und Kontrolle der Wirtschaft, oder die

Monopolherren werden mit ihrer Profitgier und ihrem Expansionsdrang Westdeutschland in lebensgefährliche neue Abenteuer stürzen. Da die Wurzeln der Kriege im modernen Zeitalter in den Produktionsverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus liegen, kommt es darauf an, den Imperialismus in seinem Kern zu treffen. Das ist für Westdeutschland besonders dringlich geworden.

Das Erstarken der DDR, ihre Entwicklung zu einem modernen sozialistischen Industriestaat mit intensiver Landwirtschaft hat in steigendem Maße Auswirkungen in Westdeutschland. Sogar notorische Feinde der DDR beginnen jetzt, die Kraft und den Einfluß der DDR richtiger einzuschätzen.

Diese Faktoren zusammengenommen, haben eine Situation geschaffen, in der es breiten Kreisen Westdeutschlands allmählich klar wird, daß sich

Dem Verhängnis zur rechten Zeit wehren

In diese Situation in Westdeutschland hinein stößt unser Briefwechsel, unsere offenherrzige Aussprache mit der westdeutschen Arbeiterklasse. Das bisherige Echo zeigt schon, daß wir den richtigen Zeitpunkt gewählt haben und daß wir die Lage in Westdeutschland richtig einschätzen. Wir sind bemüht, durch den Dialog mit der SPD allen den Kräften in Westdeutschland, deren Interessen die Erhaltung und Sicherung des Friedens und des demokratischen Fortschritts verlangen, eine richtige politische Orientierung zu erleichtern und sie für den politischen Kampf gegen Kriegskurs und Abbau der Demokratie zu gewinnen. Zum Kampf gegen den Abbau der Demokratie gehört der Kampf für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Sozialdemokrat und kein bürgerlicher Demokrat kann behaupten, im westdeutschen Staat herrsche die bürgerliche Demokratie, solange die KPD verboten ist und verfolgt wird.

Man muß dem Verhängnis zur rechten Zeit wehren! Das ist die Idee, von der sich unsere Partei gemeinsam mit allen friedliebenden und fortschrittlichen Menschen leiten läßt. Ich widerspreche dem Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, nicht, wenn er sagt: „Es

die offizielle Bonner Politik hoffnungslos in der Sackgasse befindet.

Die westdeutschen Imperialisten rechnen damit, daß es ihnen auch künftig möglich sein wird, internationale Spannungen auszunutzen, um ihre politischen Ziele gegenüber den anderen imperialistischen Staaten durchzusetzen, die Verbündete und Gegner zugleich sind. Die Bonner Machthaber glauben offenbar, daß weitere von ihnen provozierte internationale und nationale Spannungen und Auseinandersetzungen dazu beitragen können, die auf ihnen lastenden antagonistischen Widersprüche zu vermindern. Dieses politisch und ökonomisch begründete Interesse an Spannungen und Provokationen in der Welt, insbesondere in Mitteleuropa, ist zu einem maßgebenden Motiv der Bonner Machthaber geworden und verschärft die Gefährlichkeit ihrer Politik.

kommt darauf an, zu sagen, was ist. Außerdem kommt es darauf an, von dem zu sprechen, was heute möglich sein müßte, was heute praktisch im geteilten Deutschland geschehen könnte, um den Menschen die Folgen der Teilung zu erleichtern.“

Aber Willy Brandt zäumt das Pferd beim Schwanz auf. Die Teilung ist doch nicht die Ursache, sondern die Folge der Aneignung der Macht durch das westdeutsche Großkapital mit Hilfe der USA-Besatzungsmacht. Kein westdeutscher Bürger wurde gefragt, als die USA gemeinsam mit den reaktionärsten großkapitalistischen Kreisen die westdeutsche Separatwährung einführten, die Bizonen organisierten, die Trizone und den westdeutschen Separatstaat und damit Deutschland spalteten. Und die heutige Politik dieser Kräfte bedroht sogar die physische Existenz der Deutschen.

Den Menschen im gespaltenen Deutschland zu helfen, das heißt vor allem anderen, das Leben der Menschen zu schützen vor dem Treiben der Rüstungsmillionäre, vor ihrer Atomrüstung, vor der Notstandsgesetzgebung, vor der ganzen Lügenpropaganda des kalten Krieges, der gegen die DDR geführt wird. Es geht buch-

stäblich um das Leben des Volkes, um die Zukunft der Nation.

Daß wir den Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland zur richtigen Zeit in unserem „Offenen Brief“ gestellt haben, das bestätigte der Westberliner SPD-Vorsitzende Kurt Mattick am 22. April in einer Rede vor dem Landesparteitag der SPD. Er sagte: „Wir wollen den Tag vorbereiten, an dem sich die Großen dieser Welt nach dem Vietnam-Krieg neu orientieren. Dann steht auch das deutsche Problem auf der Tagesordnung. Das müssen auch unsere Verbündeten wissen.“

Die von Kurt Mattick erwähnte Vorbereitung ist in der Bonner Regierung bereits in vollem Gange. Die moralische und materielle Unterstützung des Kriegsverbrechens der USA gegen das vietnamesische Volk soll Bedingungen schaffen für die Aufrollung des deutschen Problems im Sinne des westdeutschen Monopolkapitals. Deshalb die großen Anstrengungen der Bonner Regierung um die Mitverfügung über Atomwaffen. Kurt Mattick, leitender Funktionär der Sozialdemokratie, will die deutsche Frage nicht etwa durch die Deutschen, durch die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten lösen, sondern durch die Achse Washington—Bonn.

Es ist in der Tat an der Zeit, der Bevölkerung Westdeutschlands die Zusammenhänge der Politik darzulegen. Der Besuch westdeutscher Bürger in der DDR und der Besuch von 700 000 Westberlinern in der Hauptstadt der DDR in diesen Ostertagen hat nichts zur Sicherung des Friedens und der friedlichen Lösung der deutschen Frage beigetragen, hat die aggressive Politik der westdeutschen Militaristen nicht geändert. Wir sind dadurch der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht einen Schritt nähergekommen. Es ist also an der Zeit, die Grundfragen der Deutschlandpolitik in den Mittelpunkt zu stellen.

Unser erstes Ziel ist, Schritt um Schritt den kalten Krieg beiseite zu räumen und zunächst einmal herauszuarbeiten, was uns verbindet und was die im Interesse des Friedens

notwendige Annäherung und Verständigung unserer beiden Parteien erleichtern könnte.

Nach Lage der Dinge ist die offene Auseinandersetzung zwischen SED und SPD ohne gelegentliche Schärfe in der Sache und in den Formulierungen kaum denkbar. Wir sind aber bemüht — das beweisen unsere drei Briefe —, Beleidigungen zu vermeiden und nichts zu sagen, was als Provokation aufgefaßt werden könnte. Leider haben SPD-Führer unsachlich-beleidigende Behauptungen in ihre „Offenen Antworten“ eingebaut.

Entsprechend dem Regierungsstil der „formierten Gesellschaft“, in der der westdeutsche Bundeskanzler und die Führungsgruppe der CDU/CSU nach den Wünschen der großen Unternehmerverbände die Politik bestimmen, hat nun Herr Erhard die Fraktionsführer des Bundestages zur Berichterstattung über den Briefwechsel zwischen SED und SPD zu sich gerufen. Natürlich kann Herr Erhard die Aussprache zwischen der Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten nicht verhindern. Interessant ist jedoch, daß Herr Barzel sich bemüht hat, auf die sozialdemokratische Führung dahingehend einzuwirken, daß bei dem Dialog mit der SED von Seiten der SPD nichts gegen die Atomrüstung bzw. die Mitverfügung der Bonner Regierung über Atomwaffen, nichts für eine Verständigung der deutschen Staaten und nichts gegen die Notstandsgesetzgebung gesagt wird.

Herr Erhard und Herr Barzel haben jedoch nicht verhindern können, daß bereits jetzt die **Stellungnahme zur Atomrüstung, zur Unterstützung des Krieges der USA gegen Vietnam durch die Bundesregierung und zur Notstandsgesetzgebung im Mittelpunkt der Diskussion steht.**

Wenn der Frieden für Deutschland gesichert werden und die deutsche Frage einer friedlichen Lösung nähergebracht werden soll, dann ist die Annäherung zwischen SPD und SED und die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten unentbehrlich.

Prilfstein einer deutschen Friedenspolitik ist jedoch die Stellungnahme

gegen die materielle und moralische Unterstützung des barbarischen USA-Krieges gegen das um seine Freiheit kämpfende vietnamesische Volk.

Die Berufung der Führer der Parteien des westdeutschen Bundestages zu Kanzler Erhard diente nicht nur dem Zweck, politischen Druck auszuen. Herr Erhard hat auch Sorgen wegen der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Auch die groben Erfindungen und diffamierenden Behauptungen, die der zweite Offene Brief des Parteivorstandes der SPD an die SED enthält, hängen möglicherweise mit diesen Wahlen zusammen.

Die hysterische Reaktion der westdeutschen reaktionären Presse mit den Blättern des Springer-Konzerns an der Spitze, die eine Pogromatmosphre gegen die DDR und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und deren Funktionären anheizen wollen und dabei auch vor Morddrohungen nicht zurischrecken, geht offenbar auf die gleichen Ursachen zurück. Das scheinen uns höchst bemerkenswerte Giftblten der uns so aufdringlich angepriesenen, angeblich "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" in der westdeutschen Bundesrepublik zu sein.

Die neuerlichen Provokationen in Westberlin, die ganz offen gegen das Gespräch zwischen SED und SPD gerichtet sind, beurteilen wir als sehr ernst. Die Initiative zu diesen völkerrechtswidrigen und provokatorischen Tagungen von 17 Ausschissen des westdeutschen Bundestages in Westberlin ist zweifellos von der westdeutschen CDU/CSU und ihrer Erhard-Regierung ausgegangen. Wir können aber nicht übersehen, daß diese Tagungen ohne Zustimmung der Abgeordneten der SPD und ohne Zustimmung des Westberliner Senats, der bekanntlich von der Sozialdemokratie gestellt wird, nicht hätten einberufen werden können.

Der westdeutsche Regierungschef, Herr Erhard, der mit einem amerikanischen Militärflugzeug illegal nach Westberlin eingeschmuggelt wurde, benutzte die dem kalten Krieg dienenden Veranstaltungen der Bundestagsausschisse, um zu erklären — ich zitiere die amtliche westdeutsche Nach-

richtenagentur dpa —, ich sei „in der westdeutschen Bundesrepublik kein erwünschter Gast“. Weiterhin erklärte der westdeutsche Regierungschef, — ich zitiere die amerikanische Nachrichtenagentur UPI — daß es in der westdeutschen Bundesrepublik keine rechtliche Handhabe gäbe, die einen Staatsanwalt daran hindern könnte, zum Beispiel durch Verhaftung von Funktionären der SED, auf seine Weise in das Gespräch zwischen SED und SPD einzugreifen. Das heit, Herr Erhard fordert unverhüllt die westdeutsche Justiz auf, das Auftreten von Rednern der SED in Westdeutschland notfalls durch Verhaftung zu verhindern.

Ich frage den Vorsitzenden der SPD, Genossen Willy Brandt: Was soll dieser Rummel in Westberlin? Versprechen Sie sich für die SPD etwas davon, wenn durch die illegalen Tagungen der Bundestagsausschisse in Westberlin die Spannungen verschrfzt werden? Versprechen Sie sich für die SPD etwas von einer Verstärkung des Einflusses der CDU/CSU in Westberlin, was gleichbedeutend mit der Stärkung des Einflusses der reaktionären Kreise des Rstungskapitals und der Militaristen ist?

Ich frage Genossen Brandt: Wie gedachten Sie Ihre Zustimmung zu diesen Provokationen in Westberlin mit dem Briefwechsel zwischen der SED und der SPD zu vereinbaren? Gehört dieser Rummel in Westberlin gegen die DDR etwa zur Taktik des SPD-Parteivorstandes?

Wir möchten feststellen: Wir haben die Initiative zum Austausch von Meinungen und Argumenten mit dem Ziel einer Annäherung und Verständigung ergriffen und um damit der Sache der Versöhnung und des Friedens in Deutschland zu dienen. Als Antwort werden uns also solche Provokationen geboten.

Das alles bestätigt die Richtigkeit der in unserem Entschlieungsentwurf näher begründeten Festlegung, zuerst einmal den westdeutschen Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen und auch den Parteitag der SPD in Dortmund vor übergehen zu lassen, bevor die von uns vorgeschlagenen Versammlungen in Karl-Marx-Stadt und in

Essen stattfinden. Die verkrampfte Wahlatmosphäre im Zusammenhang mit Nordrhein-Westfalen könnte unser Anliegen — die Annäherung und Verständigung der beiden größten deutschen Parteien — empfindlich stören. Und wir möchten annehmen, daß der SPD-Parteivorstand auf die Grundfragen unseres ersten Briefes deshalb bis jetzt noch nicht geantwortet hat, weil er das dem Dortmunder Parteitag vorbehalten will.

Wir schlagen vor, daß den Delegierten des SPD-Parteitages in Dortmund außer den ersten Briefen und der programmatischen Festrede zum 20. Jahrestag der SED auch der „Graue Plan“ des Mende-Ministeriums über die Ausplünderung der DDR und ihrer Bürger und die Richtlinien der Bonner Regie-

rung für den verdeckten Krieg gegen die DDR zum Studium und zur Diskussion ausgehändigt werden.

Wir haben inzwischen dem Parteivorstand der SPD vorgeschlagen, daß die Beauftragten der beiderseitigen Parteiführungen schon Ende dieser Woche zusammenkommen, um erste Beratungen über die Durchführung der beiden Versammlungen zu beginnen. Vom Politbüro der SED sind als unsere Beauftragte Genosse Paul Verner und Genosse Werner Lamberz benannt worden. Wir sind der Meinung, daß die Verhandlungen zwischen diesen Beauftragten der beiden Parteien abwechselnd in der Hauptstadt der DDR und dem Sitz des Parteivorstandes der SPD in Bonn durchgeführt werden können.

Bemerkungen zu einigen Argumenten der SPD-Presse

Die SPD-Presse versucht, unsere Feststellung zurückzuweisen, daß die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik mit ihrer Revanchepolitik den Frieden in Europa gefährdet und hierbei die Unterstützung der SPD-Führung genießt.

Die SPD-Presse beruft sich auf eine diplomatische Note der Bonner Regierung vom 25. März 1966 und erklärt hierzu, das deutsche Volk wolle in Frieden und Freiheit leben, der Gedanke an einen neuen Krieg sei ihm unerträglich. Das deutsche Volk wolle nicht, daß von deutschem Boden ein neuer Krieg ausgehe.

Auch wir sind der Auffassung, daß die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung den Frieden wünscht. Aber die Meinung des Volkes ist eine Sache und die Politik der CDU/CSU-Regierung in Bonn eine ganz andere.

In der zitierten Note wird die Forderung nach den Grenzen von 1937 aufrechterhalten. Allein das entlarvt schon alle Friedensbeteuerungen als leeres Geschwätz. Vielleicht kann uns jemand das Rezept verraten, wie die westdeutsche Bundesrepublik zum Beispiel Polen zerstückeln und die Grenzen von 1937 herstellen will, ohne einen Krieg auszulösen? Nein! Wer die europäischen Grenzen verändern will, die im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstanden sind und für

die weder Kommunisten noch Sozialdemokraten, sondern die deutschen Imperialisten und Militaristen verantwortlich sind, der kalkuliert den Krieg als Mittel der Politik ein. Die SPD-Führung unterstützt jedoch diese Politik. Sie identifiziert sich sogar sehr weitgehend mit ihr.

Wir können keinen vernünftigen Grund für eine solche Haltung erkennen. Wenn sozialdemokratische Funktionäre sagen, es glaube niemand an die Veränderung der Oder-Neiße-Grenze, man rede nur so, um Stimmen der Umsiedler zu gewinnen und bei künftigen Verhandlungen eine bessere Position zu haben, so ist das lächerlich und doch so gefährlich. Selbst die raffinieritesten Unterhändler der Bonner Regierung können bei Verhandlungen mit der polnischen Regierung nichts anbieten und nichts verkaufen, was sie überhaupt nicht besitzen und worüber man mit ihnen nicht einmal spricht.

Die Note vom 25. März wird von der Regierung in Bonn — und leider auch von der Parteiführung der SPD — irreführenderweise als „Friedensoffensive“ bezeichnet. In Wirklichkeit wird aber nur die aggressive Revanchepolitik der Bonner Regierung in Friedensgerede eingewickelt. Einigen Staaten wird in dieser Note vorgeschlagen, die Regierungen Westdeutschlands und

der betreffenden Länder mögen einseitige Erklärungen über Verzicht auf Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen abgeben. Der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber will sich Bonn nicht einmal in Worten verpflichten, keine Gewalt anzuwenden. Bonn hat unsere Vorschläge, ein Abkommen über Gewaltverzicht abzuschließen, schon 1959 abgelehnt.

Wie haben es doch die deutschen Imperialisten unter der Regierung Hitler gemacht? Bevor sie in Österreich einmarschierten, gaben sie der Tschechoslowakei, Polen und Frankreich gegenüber feierliche Erklärungen über Gewaltverzicht ab. Dann marschierten sie in Österreich ein. Jetzt war die Tschechoslowakei an der Reihe. Und wiederum gaben sie Polen und Frankreich und anderen Ländern gegenüber feierliche Erklärungen über Gewaltverzicht ab. Dann besetzten sie die Tschechoslowakei und unterwarfen sie sich als deutsches Protektorat. Und bevor Hitler in Polen einmarschierte, gab er auch noch schnell gegenüber Frankreich und anderen Ländern Erklärungen über Gewaltverzicht ab.

Wir verstehen nicht, daß der sozialdemokratische Parteivorstand ein solch plumpes Manöver der unverbesserlichen Gewaltpolitiker und Revanchisten nicht durchschaut und sogar noch unterstützt.

Weiter: Herr Barzel, Exponent der westdeutschen Regierungspartei, hat den USA erst jüngst wieder seine Sympathien für den Völkermord in Vietnam ausgesprochen. Er erklärte bei seinem Besuch in den USA unter anderem, die Westdeutschen müßten dafür Verständnis haben, und es läge auch in ihrem Interesse, daß die Amerikaner überall in der Welt zu ihrem Wort stünden. Der Exponent der westdeutschen Regierungspartei erklärt es als den Interessen der Westdeutschen dienlich, wenn die USA tagtäglich mit Bomben, Napalm und Giftgas das unglückliche Vietnam verheeren. Und um was für ein Wort handelt es sich denn, das die USA-Regierung angeblich halten muß? Wo ist denn eine südvietnamesische Regierung, der die USA angeblich Hilfe zugesagt haben?

Es ist doch offenbar — und niemand kann es ableugnen —, daß die imperialistischen USA in Vietnam und gegen das vietnamesische Volk ihren eigenen amerikanischen schmutzigen Krieg führen, um aus Vietnam eine amerikanische Militärkolonie und Aggressionsbasis gegen die asiatischen Völker zu machen. Und Bonn unterstützt jedes Verbrechen der USA. Die SPD-Führung hat sich zu unserem großen Bedauern nicht von dem USA-Krieg gegen das vietnamesische Volk distanziert. Das geht auch aus einer Stellungnahme des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Erler hervor, der unlängst in den USA weilte und dort — offensichtlich in Übereinstimmung mit der CDU — für die atomare Aufrüstung der westdeutschen Bundesrepublik auftrat. Wann endlich — so fragen wir — wird sich die SPD-Führung entschließen, gegen das Morde und die Mordbrenner in Vietnam aufzutreten und ihr Gewicht für Freiheit und Menschlichkeit in die Waagschale zu werfen?

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD Erler hat nach einer dpa-Meldung in den USA ebenfalls die westdeutsche Teilhaberschaft an nuklearen Waffen befürwortet. Das geht jedenfalls aus einer dpa-Meldung hervor, die nicht dementiert wurde. Er hat also in der Frage der Verfügungsgewalt über nukleare Waffensysteme in den USA mit dem Repräsentanten der CDU offenbar arbeitsteilig in eine Kerbe gehauen.

Wir richten an die SPD-Führung den Appell: Wenn Bundestagsabgeordnete Ihrer Partei schon in die USA reisen, dann mögen sie wenigstens nicht für die atomare Rüstung Westdeutschlands auftreten, sondern für den Abzug der USA-Truppen und für die Beseitigung der USA-Stützpunkte in der westdeutschen Bundesrepublik. Wir appellieren an den Parteivorstand der SPD: Helfen Sie doch mit, daß das westdeutsche Volk aus der amerikanischen Gefangenschaft herauskommt und endlich das Recht erhält, sich frei für die Vereinigung der deutschen Staaten zu entscheiden.

Herr Barzel hat im Namen der westdeutschen Regierungspartei in den USA offen gegen alle Versuche ato-

märker Abrüstungsschritte polemisiert und sich gegen Vereinbarungen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen gewandt. Er hat in diesem Zusammenhang der USA-Regierung vorgeworfen, sie sei in Genf bemüht, mit der Sowjetunion zu einer solchen Vereinbarung zu gelangen. Der Repräsentant der westdeutschen Regierungspartei erklärte dabei die Sowjetunion zum „Gegner“ Westdeutschlands. Mit diesem „Gegner“ dürften die USA keine Vereinbarungen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen abschließen.

In der Stellung der herrschenden Kreise in Bonn zum Vietnamkrieg, zur Atomrüstung, in der Forderung nach Revision der Grenzen und Ausplündерung der Deutschen Demokratischen Republik — in allen diesen Postulaten der von der SPD-Führung unterstützten Bonner Regierungspolitik können wir auch bei größtem Bemühen keinerlei friedfertige Absichten erkennen. Gerade diese Stellungnahmen, Forderungen und Ziele

haben die westdeutsche Bundesrepublik zum gefährlichen zweiten Kriegsbrandherd gestempelt. Das kann durch unverbindliches Friedensgerede in diplomatischen Noten nicht verdeckt werden.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Parteivorstand der SPD im Interesse des Friedens und der friedlichen Entwicklung in Deutschland seine Haltung überprüft und sich von dieser Politik der Bonner Regierung deutlich distanzierte. Die gegenwärtige Bonner Politik ist schließlich zugleich das ernste Hindernis für eine Verständigung der deutschen Staaten über ihre Zusammenarbeit in einer deutschen Konföderation mit dem Ziel des späteren Zusammenschlusses zu einem einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschland. Denn es ist natürlich vollkommen ausgeschlossen, daß sich die Deutsche Demokratische Republik mit einem Partner in einer Konföderation zusammenfinden könnte, dessen Politik auf Revanchekrieg orientiert ist.

Wir schlagen vor,

die politischen und militärischen Pläne der Bonner Regierung zu prüfen

Ich komme zu einer weiteren Frage: Wir haben der SPD die Aussprache über die Lebensfragen der Arbeiterklasse und der Nation und über den Weg zu einer Verständigung vorschlagen, weil nur durch die Verständigung der Arbeiterklasse und ihrer beiden größten Parteien der Weg zu einer friedlichen Lösung der deutschen Fragen geöffnet werden kann.

Offenbar unter dem Druck der CDU hat der Parteivorstand der SPD jedoch angedeutet, er wolle sich in dieser Aussprache auf die Forderung nach freiem Grenzverkehr und Reiseverkehr konzentrieren. Ich weiß nicht, inwieweit in Westdeutschland die politischen Parteien für die zwischenstaatliche Regelung von Fragen des Grenzverkehrs und des Reiseverkehrs kompetent sind. Nach unserer Ordnung sind das staatliche Angelegenheiten, die kaum Gegenstand unserer Verhandlungen sein können, zumal die SPD ja auch keinen Einfluß auf die Regierungspolitik hat.

Wir sind aber bereit, die prinzipielle

Seite dieser Frage mit der SPD zu erörtern. Das heißt: **Wir würden zunächst gemeinsam die politischen und militärischen Pläne und Ziele der Bonner Regierung prüfen.** Wir haben da recht gute Kenntnisse. Und einige Veröffentlichungen der SPD haben bei uns den Eindruck aufkommen lassen, daß auch Mitglieder des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Fraktion im westdeutschen Bundestag diese Pläne kennen.

Das betrifft insbesondere die **militärische Konzeption des verdeckten Krieges in Deutschland**, das heißt den Beginn einer Kriegsescalation, die mit dem verdeckten Krieg beginnt, und verschiedene Varianten der Weiterführung nach amerikanischer Methode.

In einigen Teilen der „Offenen Antworten“ des Parteivorstandes der SPD werden Begriffe wie „Freiheit“ mit großer Beharrlichkeit strapaziert. Dabei wird sichtbar, daß die Verfasser sich kaum bemühen, zu einer wirklichen Aussprache über diese Grundfragen zu kommen.

Bei der Verwendung des Freiheitsbegriffes geht der SPD-Parteivorstand über allgemeine Floskeln nicht hinaus. Wir aber sind bereit, mit der westdeutschen Sozialdemokratie offen und gründlich über die Freiheit in der Deutschen Demokratischen Republik und über die Freiheit in der westdeutschen Bundesrepublik zu diskutieren.

Heute möchte ich nur sagen: Wer auch nur über Grundkenntnisse in der deutschen Geschichte verfügt, der erkennt, daß die Freiheitslösungen des SPD-Parteivorstandes sogar noch hinter den Forderungen des liberalen Bürgertums vom Jahre 1848 zurückbleiben. Die Kräfte in Deutschland, die damals gegen die deutsche Feudalherrschaft kämpften, hatten von dem, was Freiheit ist und sein muß, schon eine wesentlich klarere Vorstellung.

Auch über die politischen Ziele der Bonner Regierung wäre in diesem Zusammenhang einiges zu sagen: Das hängt zusammen mit dem Übergang von der autoritären Herrschaft — wie sie unter Adenauer bestand — zur amerikanischen Methode der Diktatur des Finanzkapitals, die Herr Erhard „formierte Gesellschaft“ zu nennen beliebt. Diese politischen Ziele finden ihren Ausdruck sowohl in der weiteren Militarisierung der westdeutschen Bundesrepublik als auch in der Praxis der Notstandsgesetze und in dem wachsenden Einfluß der Unternehmerverbände auf die Regierungspolitik, mit dem Hand in Hand ein rapider Schwund der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments einhergeht.

Zu dieser reaktionären politischen Konzeption gehört auch die Vorstellung, den westdeutschen Monopolherren sollte dazu verholfen werden, die Deutsche Demokratische Republik und die von deren Bürgern in zwei Jahrzehnten geschaffenen Werte in die Tasche zu stecken. Diese Konzeption der Ausplünderung der DDR und deren Bürger ist besonders anschaulich in der umfangreichen Dokumentation des „Grauen Planes“ des Bonner Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen enthalten.

Die sozialdemokratischen Genossen mögen verstehen, daß es in der DDR

keine Dummköpfe gibt, die bereit sind, für die Durchführung solcher oder ähnlicher Pläne die Grenze zu öffnen, auf die Sicherung der friedlichen Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger zu verzichten und vielleicht sogar noch den so beliebten Touristenverkehr der Bundeswehr in Zivil nach hitherdeutschem Muster durch besondere Förderungsmaßnahmen an den Grenzen zu animieren.

Was den angeblichen Schießbefehl betrifft, der zur Lieblings-Propaganda-Ente auch des SPD-Parteivorstandes erkoren wurde, so möchte ich auf die Darlegungen in unserem zweiten „Offenen Brief“ verweisen. Dort haben wir alles gesagt. Dieser sagenhafte Schießbefehl existiert bekanntlich nicht. Für unsere bewaffneten Kräfte einschließlich der Grenzsicherungskräfte gibt es — ebenso wie für die bewaffneten Kräfte aller Länder der Welt und an allen Grenzen der Welt — bestimmte Vorschriften, die den Waffengebrauch, insbesondere den Gebrauch von Schußwaffen, regeln.

Wenn der SPD-Parteivorstand unbedingt Wert darauf legen sollte, in dem Gespräch mit der SED auch über den Gebrauch von Schußwaffen zu reden, dann schlagen wir folgendes vor: Die Militärsachverständigen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der SPD treten zu einer Beratung und Aussprache zusammen. Sie hätten klarzustellen, daß das Dokument der westdeutschen Bundesregierung über den verdeckten Krieg gegen die Deutsche Demokratische Republik und die damit im Zusammenhang stehenden Befehle der westdeutschen Bundeswehr zurückgenommen werden. Die Militärsachverständigen der beiden größten Parteien könnten weiterhin klären, inwieweit sich die westdeutschen Anordnungen, die den Gebrauch von Schußwaffen regeln, von denjenigen der Deutschen Demokratischen Republik unterscheiden. Vielleicht wäre es auch nützlich, dabei auf einige Erfahrungen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zurückzugreifen.

Die Parteiführung der SPD meint, wir dürfen nicht feststellen, daß jeder, der die Grenzen der sozialistischen

Deutschen Demokratischen Republik verletzt und damit ihre und ihrer Bürger Sicherheit gefährdet, Kopf und Kragen riskiert. Das widerspreche den Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und auch der Geschichte des Sozialismus.

Wir sind hier ganz anderer Auffassung. Niemals gebieten es die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung und der Geschichte des Sozialismus, vor der Reaktion zu kapitulieren und den Reaktionären, den Imperialisten und den Militaristen Tür und Tor zu öffnen. Die wirklichen kämpferischen Traditionen der alten deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterklasse lehren uns etwas ganz anders. Sie lehren uns, daß der Reaktion eine Niederlage beigebracht werden muß.

Mit dem Schießen ist das überhaupt so eine Sache. Gerade die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie sollten über diese Frage im Zusammenhang mit den Lehren von 1920 bis 1933 nachdenken. Nehmen wir einmal an, die SPD hätte 1920 dem Willen der Mehrheit der deutschen Werktätigen entsprochen und nach der Niederwerfung des Kapp-Putsches eine Regierung unter Führung der Gewerkschaften gebildet. Dann wäre die Frage der Macht zugunsten der deutschen Werktätigen verändert worden. Dann wäre der Hitlerpartei und den Stahlhelmleuten endgültig der Weg verlegt worden. Und auch eine solche deutsche Arbeiterregierung hätte allen Anwärtern und Anhängern der Konterrevolution nur sagen können: Ihr riskiert Kopf und Kragen, wenn ihr die deutsche Republik antastet.

Wenn die SPD-Führung und ihre sozialdemokratische Regierung in Preußen im Jahre 1932 auf den Staatsstreich des Reaktionärs Baron von Papen mit Widerstand und einem Gegenstoss geantwortet hätte, dann wäre die deutsche Geschichte anders verlaufen. In Preußen standen bekanntlich hunderttausend Mann gut bewaffneter Polizeitruppen unter sozialdemokratischem Befehl zur Verfügung. Dazu kamen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und andere Kampforganisationen der Arbeiterklasse wie

vor allem der Rot-Front-Kämpferbund.

Ich bin der Überzeugung, Hunderttausende anderer Werktätiger, Gewerkschafter und Mitglieder der beiden Arbeiterparteien wären einem Aufruf der SPD und der Gewerkschaften zum Generalstreik zum Schutz der Republik gefolgt. Auch die früheren Sozialdemokraten, die Genossen Grotewohl, Fechner und andere, mit denen wir über diese bitteren Erfahrungen sprachen, waren dieser Auffassung. Auch sie waren der Meinung: Ein Aufruf der SPD und der Gewerkschaften zum Generalstreik, um die Republik zu schützen, hätte einen Sieg der Kräfte der Demokratie zur Folge gehabt. Natürlich wären dabei auch einige Gurte Maschinengewehrmunition verschossen worden. Und Opfer wären unvermeidlich gewesen. Aber dieser bewaffnete Widerstand gegen den Faschismus hätte dem deutschen Volk die lange Nacht der faschistischen Herrschaft, den Weltkrieg und Millionen Opfer und all das andere Unglück erspart, das dann über Deutschland gekommen ist.

Was die Armee betrifft, so ist die Sache ganz klar. Der Charakter einer Armee wird durch den Charakter des Staates bestimmt. Ist der Staat ein Arbeiter-und-Bauern-Staat, dann hat die Armee die Arbeiter und Bauern und ihren Staat gegen Angriffe imperialistischer Kräfte zu verteidigen. Die Armee des imperialistischen Westdeutschland hat offenbar den Auftrag die aggressive Politik dieses imperialistischen Staates gegebenenfalls mit militärischen Methoden durchzuführen. Das heißt, diese westdeutsche Armee dient der Revanchepolitik, dem Kampf um die Hegemonie der westdeutschen Imperialisten in Europa. Die westdeutsche Armee ist auch dazu da, gegen die westdeutschen Arbeiter und die westdeutsche Bevölkerung eingesetzt zu werden.

Dem Charakter des Staates und der Armee entsprechend, sind auch die führenden Positionen in der Armee besetzt. Unsere Armee, die Nationale Volksarmee der DDR, wird von Offizieren aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, der Intelligenz befehligt.

Die westdeutsche Armee steht unter dem Befehl von Hitlergeneralen und Offizieren der Hitlerarmee.

So sehen wir die Frage des „Schießens“. Es wäre sehr nützlich, wenn die Freunde und Anhänger der westdeut-

schen Sozialdemokratie dem sich in Westdeutschland wieder ausbreitenden Faschismus und Militarismus und seinem ganzen reaktionären Anhang zufallen würden: Halt! Oder ihr riskiert Kopf und Kragen!

Die Spalter Deutschlands wieder am Werk

In der gegenwärtigen Diskussion wird immer wieder die Frage gestellt, vor allem auch in Westdeutschland, wo der Schlüssel zur Wiedervereinigung sei.

Die Beantwortung dieser Frage erfordert Klarheit darüber, wer Deutschland gespalten hat. Es ist eine unbestreitbar geschichtliche Tatsache: Die westdeutsche Großbourgeoisie, vertreten durch die CDU/CSU, und die imperialistischen USA haben die Spaltung Deutschlands vollzogen, um die Herrschaft des Großkapitals wenigstens in einem Teil Deutschlands zu sichern. Aber der Schlüssel zur Vereinigung der deutschen Staaten liegt in den Händen der Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten und ihrer Verbündeten, nicht zuletzt in den Händen der SED und der SPD und der Gewerkschaften hüben und drüben. Gemeinsam haben sie die Kraft, die formierte Gesellschaft der westdeutschen Rüstungsmillionäre und Hitlergenerale zu beenden und die Wiedervereinigung zu erkämpfen.

Gegenwärtig wird die Vereinigung der deutschen Staaten nicht nur von den westdeutschen Imperialisten, sondern vor allem auch durch die Regierungen der USA und Großbritanniens verhindert. Die von den USA diktierten Pariser Verträge sind direkt gegen die Wiedervereinigung gerichtet. Diese Verträge nehmen der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik sogar die Souveränität, über die Vereinigung auch nur zu verhandeln.

Dagegen wahren die Verträge der Deutschen Demokratischen Republik mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom Jahre 1955 und 1964 die souveränen Rechte der Deutschen Demokratischen Republik auch in dieser Beziehung.

Die Regierung Erhard fängt jetzt auf einmal an, sich ganz entgegen ihren sonstigen Gepllogenheiten auch einmal für die nationale Frage zu interessie-

ren. Allerdings reicht es vorerst nur bis zu dem Versuch, alle im westdeutschen Parlament vertretenen Parteien und vor allem auch die SPD hundertprozentig auf CDU-Vordermann zu bringen.

Eine gemeinsame Deutschlandpolitik zwischen den westdeutschen Werktagen und der CDU-Führung kann es und wird es nicht geben. Es sollte doch zum Beispiel für einen westdeutschen Arbeiter nicht so schwer sein, zu verstehen, daß die Atomrüstung, die Schaffung einer Notstandsverfassung nur den westdeutschen Militarismus stärken und damit die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften schwächen. Es kommt hinzu, daß jede Schädigung der DDR durch westdeutsche Kreise auch zum Schaden der westdeutschen Werktagen ist. Denn die DDR ist der deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat, an dessen Stärkung auch die westdeutschen Arbeiter interessiert sein sollten.

Der stellvertretende westdeutsche Regierungschef, Herr Mende, der zugleich einem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen vorsteht, ist unlängst von äußerst nervös gewordenen Politikern seiner eigenen Regierungskoalition wütend angegriffen worden. Der Angriff erfolgte, weil Mende eine Position vertrat, die vor gar nicht so langer Zeit dieselbe Regierungskoalition im Bonner Parlament beschlossen hatte. Doch das war längst schon wieder vergessen.

Wie kann eigentlich — so frage ich — ein westdeutscher Minister für gesamtdeutsche Fragen Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über Angelegenheiten, die die Deutschen und die deutschen Staaten angehen, von einem Auftrag ausgerechnet der Regierung der USA — oder auch anderer ausländischer Regierungen — abhängig machen? Vietnam führt doch tag-

täglich der ganzen Welt vor Augen, welcher Verbrechen und Scheußlichkeiten die USA-Imperialisten fähig sind.

Ausgerechnet auf deren Auftrag will ein westdeutscher Minister seine Deutschlandpolitik aufbauen? Wir würden Herrn Mende empfehlen, sich etwas auf nationale Würde zu besinnen. Dann wird er vielleicht auch seine absurden Vorstellungen über Bord werfen, daß Verhandlungen zwischen deutschen Regierungen über deutsche Lebensfragen nur im Auftrag und unter Kuratel der USA-Imperialisten und anderer ausländischer Regierungen geführt werden dürfen.

Einige reaktionäre westdeutsche Regierungspolitiker hat der begonnene Meinungsaustausch zwischen SED und SPD so erschreckt, daß sie überhaupt nichts mehr von Wiedervereinigung hören mögen.

Das bewirkt ihre Furcht vor der Kraft und den gewaltigen Möglichkeiten der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten werktätigen Schichten des deutschen Volkes, wenn es wirklich zu einer Annäherung und Verständigung zwischen SED und SPD kommen sollte. Doch vorerst haben wir noch nicht mehr als erste Schritte auf diesem Wege zurückgelegt. Und zur Verständigung gehört bekanntlich der gute Wille auf beiden Seiten.

Liebe Genossen!

Die eben erst begonnene Aussprache zwischen SED und SPD hat die westdeutschen Regierungsparteien und mit ihnen alle anderen reaktionären Elemente in Verwirrung gestürzt. Das verstehen wir. Schon in der Weimarer Republik pflegte die Reaktion aus dem Häuschen zu geraten, wenn sich irgendwo auch nur Anzeichen einer möglichen Annäherung von KPD und SPD zeigten.

Andererseits blicken heute in Westdeutschland viele Zehntausende Werkältige mit Hoffnung auf diesen beginnenden Dialog der beiden größten Parteien. Sie erhoffen sich von ihm die Schaffung von Voraussetzungen für die im Interesse des Friedens und der Lösung der nationalen Frage so unentbehrliche Annäherung und Verständigung von SED und SPD. Wir werden uns bemühen, die Erwartungen dieser westdeutschen Klassengenossen und anderen friedliebenden Bürger nicht zu enttäuschen. Wir werden alle unsere Kraft für den sozialistischen Aufbau in der DDR, die Stärkung des ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staates und die Verständigung der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten und in Westberlin einsetzen.

Inhalt

Seite

1. Der Weg zum zukünftigen Vaterland der Deutschen Festansprache des Genossen Walter Ulbricht zum 20. Jahrestag der SED	2
2. Der Briefwechsel zwischen SED und SPD und die programmatiche Rede „Der Weg zum künftigen Vaterland der Deutschen“ Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der 12. Tagung des ZK der SED am 28. April 1966	27

